

Bauen / Wohnen

Antrag Nr. 01/II/09
KDV FrhainKreuz

Annahme i.d.F.d.AK:

Die Wohngeldbearbeitungsfristen in Berlin verkürzen!

Sechs Monate muss ein Berliner im Durchschnitt warten, ob sein Antrag auf Wohngeld bewilligt oder abgelehnt wird. Das ist nicht hinnehmbar, weil so die betroffenen Menschen angehalten werden, Geld für Wohnen bei Freunden und Bekannten zu borgen. Die Geringverdiener sind auf den Zuschuss dringend angewiesen, um ihre Wohnung halten zu können.

Sozialdemokraten haben durch die Durchsetzung der bundesweiten Wohngeldnovelle dafür gesorgt, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgedehnt wurde.

Wir nehmen nicht hin, dass diese gute Sozialpolitik durch lange Wartezeiten in den Ämtern in das Gegenteil verkehrt wird. Knapp 38.600 Anträge auf Wohngeld lagen in Berlin zwischen März und Juni 2009 pro Monat vor, bearbeitet wurden davon durchschnittlich 9.500 Anträge, also nur jeder vierte Antrag!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Rat der Bürgermeister sicherzustellen, dass das erforderliche Personal vor Ort zur Verfügung steht.

Wir schaffen Abhilfe.

- Wir verlangen als Sofortmaßnahme, dass mit Mitarbeiterinnen aus dem Stellenpool des Landes Berlin die Zahl der Mitarbeiterinnen in den Wohngeldämtern geprüft und aufgestockt wird.
- Zusätzlich ist die Kompetenz der Mitarbeiterinnen durch Pflichtschulungen sofort zu erhöhen.
- Dem Abgeordnetenhaus von Berlin ist zu berichten, wie sich die Bearbeitungszeiten verbessern.

Antrag Nr. 02/II/09
KDV FrhainKreuz

Überweisung an Landesvorstand

Mieterstadt Berlin

Bezahlbaren Wohnraum sichern, Mietpreistreiber stoppen, den ökologischen Wandel der Stadt sozial gestalten

Zeitenwende in der Metropolenpolitik

Berlin ist Zukunftsstadt. Der Wandel zur ökologischen Stadt, in der ehrgeizige Klimaziele erreicht, Gebäude energetisch saniert und umweltfreundliche Verkehrsträger gefördert werden, soll gelingen. Die großen Städte sind nicht nur Orte erhöhten Ressourcenverbrauchs und haben durch den städtischen Verkehr und den Gebäudebestand maßgeblichen Anteil an klimatischen Veränderungen und Umweltbelastungen. In ihnen schlummern gleichzeitig die größten Potenziale zur Energieeinsparung und zu einem ökologischen Stadtumbau - kurzum zu einer Zeitenwende in der Metropolenpolitik.

Berlin ist Soziale Stadt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Einstellungen und unterschiedlicher Einkommen wollen hier zusammenleben. Sozialdemokratische Politik muss dafür sorgen, dass die Menschen in ihrem Kiez leben bleiben können und nicht durch steigende Mieten oder Nebenkosten gezwungen sind, umzuziehen. Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen überall in Berlin wohnen, leben und arbeiten können. Während bei einer Betrachtung der Gesamtstadt immer noch ein überdurchschnittliches Wohnungsangebot und ein bundesweit moderates Mietniveau herrschen, besteht angesichts der Entwicklung der Mieten und Mietnebenkosten gerade in der Innenstadt Anlass, den Weg zu einer konsequenten Begrenzung von Mietsteigerungen fortzusetzen. Unsere Aufgabe ist es, die Spaltung der Stadt zu verhindern. Ein wichtiger Garant moderater Mieten sind öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen. Wir bekennen uns zum Gemeinwohlaufrag dieser Unternehmen und beziehen sie in die soziale Stadtteilentwicklung ein. Weitere Privatisierungen lehnen wir ab.

Berlin ist eine Stadt, die Ökologischen Fortschritt und Gerechtigkeit miteinander verbindet. Aufgabe der Berliner Sozialdemokratie ist es, die sozialen Herausforderungen mit den gesellschaftlichen Chancen und Perspektiven in Balance zu bringen, Gerechtigkeit und Innovation politisch zu verbinden. Konsequenter sozial heißt, bezahlbare Mieten zu sichern, ohne innovative Vorhaben zu verhindern. Die SPD ist die „Metropolen-Partei“.

Sozialdemokratische Metropolenpolitik reagiert auch auf den demographischen Wandel der Gesellschaft: Die Zahl der Berlinerinnen und Berliner wird bis 2030 stabil bleiben und sogar leicht wachsen; gegenüber 2007 wird ein Zuwachs um 60.000 Personen auf 3,476 Millionen Personen erwartet. Das geht aus dem von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer vorgelegten Demografiekonzept des Senats hervor. 2030 wird knapp ein Viertel der Berlinerinnen und Berliner älter als 65 Jahre sein. Zugleich wird die Stadtgesellschaft internationaler, da bereits heute über 40 Prozent der 6- bis 15-Jährigen einen Migrationshintergrund haben. Es ist auch davon auszugehen, dass die Vielfalt der Lebensstile und Haushaltsformen zunimmt. Berlin ist eine außerordentlich attraktive Metropole, junge Menschen aus aller Welt kommen hierher, um hier zu leben. Eine der ganz großen wichtigen Aufgaben sozialdemokratischer Stadtpolitik ist es,

diese jungen Menschen an die Stadt zu binden.

Eine Stadtentwicklungspolitik, die auf eine Renaissance der Städte zielt, muss, wie der Stadtentwicklungsbericht 2008 zu Recht ausführt, vorrangig auf drei Ziel- bzw. Wanderungsgruppen setzen: Erstens müssen Stadtflüchtlinge in der Stadt gehalten werden. Zweitens muss die 50-plus-Generation im Umland als Rückkehrer für die Stadt gewonnen werden. Und drittens kommt es vor allem darauf an, junge Menschen, die mit ihrem Kreativ- und Innovationspotenzial die Motoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik der Städte sind, in der Stadt zu behalten. Eine Zunahme von Beschäftigten im Dienstleistungssektor wird vor allem gespeist durch die in die Städte zuwandernden jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Eine Stadt, die gleichzeitig einen sehr positiven Trend im Dienstleistungsbe- reich und noch eine Zunahme jüngerer Altersgruppen zu verzeichnen hat, muss Strategien anwenden, um diese in der Stadt zu halten und bezahlbaren attraktiven Wohnraum bereitzustellen. Nur so kann eine Randwanderung in benachbarte Umlandgemeinden vermieden werden. Deshalb ist eine Politik für bezahlbare Mieten Zukunftspolitik für Berlin.

Steigende Kosten – höhere Belastungen

Berlin ist Mieterstadt, mehr als 85% der BerlinerInnen leben zur Miete. Der Anteil einkommensschwacher Haushalte in Berlin ist allerdings immer noch sehr hoch. Für sie ist die Entwicklung der Mieten bei kleineren Wohnungen gerade in der Innenstadt besonders problematisch. Aus den Zahlen des Berliner Mietspiegels 2009 ergibt sich, dass ein Mieter, der 2008 in eine Wohnung in Mitte oder Prenzlauer Berg einzog, im Durchschnitt 5,72 Euro pro Quadratmeter und Monat an den Hauseigentümer zahlen musste. Das liegt mehr als ein Euro oder zwanzig Prozent über den Mieten, die Altmiet- er für vergleichbare Wohnungen (4,70 Euro) bezahlen. In Friedrichshain-Kreuzberg werden Neuverträge für 4,97 Euro un- terzeichnet, Altmiet- er wohnen dagegen im Schnitt für 3,73 Euro pro Quadratmeter und Monat, der Preissprung beträgt hier also mehr als 30 Prozent. In der City-West beträgt die Differenz zwischen laufenden und neuen Mietverträgen etwa 15 Prozent.

Noch drastischer sind die Zahlen, zu denen der „Marktmietspiegel“ gelangt, den der Maklerverband IVD jüngst für Berlin vorgestellt hat: Wer danach beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg eine neue Wohnung sucht, muss fast die Hälfte seines Einkommens für die Miete aufbringen. Die „Mietbelastung der Haushalte“ beträgt hier 46,3% des Durch- schnittseinkommens. In Mitte sind es 43,1%, in Pankow 39,8%. Bei einer Neuvermietung steigen die Mieten in Innen- stadtkiezen nach diesen Zahlen derzeit vielerorts um 30%, in manchen Bereichen sogar noch deutlich mehr.

Diese Preisentwicklung bei Neuvermietungen übt bereits jetzt einen erheblichen Druck auf die Bestandsmieten aus. Mieterhöhungen in laufenden Mietverträgen werden immer häufiger. In diesen Fällen gilt zwar der offizielle Mietspie- gel, hier haben die Vermieter aber einen weiten Spielraum. Erhöhungen gegenüber der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ können etwa gerechtfertigt werden, wenn das Sondermerkmal einer „von der Badewanne getrennten Duschtasse“ vorliegt, eine „Mehrstrahldusche“ oder ein „Strukturheizkörper“. Ein Fliesenspiegel im Arbeitsbereich der Küche oder die „gestaltete und abschließbare Müllstandsfläche“ sind weitere Gründe für zum Teil erhebliche Zuschläge auf die Durch- schnittsmiete. Diese Spielräume werden immer weiter ausgereizt.

Dazu kommt eine kräftige Steigerung der Mietnebenkosten: Vom 1. Januar 2008 bis zum 1. Januar 2009 sind laut aktuel- ler Preisdatenbank des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmer (BBU) die Preise für Gas um 16,2 Prozent, Fernwärme um 1,8 Prozent und Müllentsorgung um 5,5 Prozent gestiegen. Während für den Durchschnitt aller Haushalte die Energieausgaben als Anteil an den privaten Konsumausgaben innerhalb weniger Jahre von 5,9 auf 7,2 Prozent gestiegen, sieht die Lage bei einkommensschwachen Haushalten völlig anders aus, denen nur wenig mehr als die Regelsätze des ALG II zur Verfügung stehen. Dort betragen die Energieausgaben nach Modellannahmen bereits 14 bis 17 Prozent.

Eine negative Spitzenposition nimmt Berlin auch bei den Wasserpreisen ein. Für Trink-, Abwasser und Niederschlags- wasser zahlen die Berlinerinnen und Berliner bundesweit Spitzenspreise. Mit durchschnittlich 5,12 Euro pro Kubikmeter ist das teilprivatisierte Berliner Wasser um fast 60 Prozent teurer als etwa in Köln.

Gerade einkommensschwache Haushalte können diese Preissteigerungen nicht durch eine Umschichtung ihres Kon- sums ausgleichen. Es stellt sich also politisch die Frage, wie weitere Kostenanstiege sozial abgefedert werden können, wo und wie sozial schwächere Familien entlastet oder gefördert werden sollten, wie Menschen und Gemeinden in die Lage versetzt werden können, ihre Lebensqualität zu verbessern und bevorstehende höhere Belastungen der öffentli- chen Haushalte vermieden werden können. Die Berliner Sozialdemokratie muss Lösungen anbieten, die gleichzeitig Berlins Profil als kompakte und fortschrittliche Stadt stärkt.

Modernisierung, Entlastung, Effizienz und Transparenz

Der Berliner Senat hat mit seinem „Mietkonzept 2009“ bereits einige Bremsklötze eingesetzt, um den Weg in eine neue Wohnungsnot zu stoppen: keine Mieterhöhungen in Großsiedlungen, die eine Obergrenze von 5,35 Euro pro Quadrat- meter überschreiten und keine Mieterhöhungen von Sozialwohnungen in einfacher oder mittlerer Wohnlage über 5,75 Euro pro Quadratmeter. Ökologische Belange werden auch im qualifizierten Mietspiegel stärker berücksichtigt. Dies sind wichtige Erfolge sozialdemokratischer Mietenpolitik.

Diesen Weg, bezahlbaren Wohnraum zu sichern und zugleich eine ökologische Sanierung des Wohnungsbestandes zu fördern, werden wir fortsetzen und weitere Maßnahmen einfordern, um gerade auch in den Innenstadtkiezen eine

Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen, junger Familien, Alleinerziehender sowie Migrantinnen und Migranten zu verhindern.

Die Berliner SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein konsequent soziales und ökologisches Berlin ein:

- Wir wollen eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen auch bei Neuvermietungen, bei denen der Mietspiegel bislang nicht eingreift, sondern die „Vertragsfreiheit“ gilt. Eine „Mangellage“, bei der Kappungsgrenzen greifen, muss auch in Teilbereichen einer Stadt festgestellt werden können. Eine gesamtstädtische Durchschnittsrechnung von Wohnungsmarktdaten bringt keine tauglichen Erkenntnisse. Das Mietrecht muss entsprechend geändert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine entsprechende Rechtsänderung einzusetzen. Der Berliner Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative mit diesem Ziel einzuleiten.

Wir werden die geltende Modernisierungumlage so gestalten, dass Mieter Modernisierungsmaßnahmen nicht doppelt und dreifach bezahlen müssen. Bisher können Vermieter zeitlich unbegrenzt die Jahresmiete um 11% der auf die jeweilige Wohnung entfallenden Modernisierungskosten erhöhen. Zusätzlich kann der Vermieter im laufenden Mietverhältnis die Wohnwerterhöhung als solche über weitere Mieterhöhungen im Rahmen des Mietspiegels realisieren. Zusätzlich kann sich der Vermieter die Wohnwerterhöhung als solche über weitere Mieterhöhungen im Rahmen des Mietspiegels vom Mieter im laufenden Vertragsverhältnis bezahlen lassen. Es ist also derzeit möglich, aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen die Miete dauerhaft anzuheben.

- Wir wollen das ändern, indem die prozentuale Höhe der Umlage gesenkt wird (6,7 Prozent) und die Dauer der Umlagefähigkeit auf 15 Jahre festgelegt wird. Künftig sollen nur noch die wirklichen Kosten umgelegt werden dürfen. Allgemeine Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierung sind damit ausgeschlossen.

Zudem muss die Höhe der Umlagefähigkeit davon abhängen, ob dem Mieter- wie im Falle einer energetischen Sanierung- die Modernisierungskosten durch Senkung der Mietnebenkosten tatsächlich zu Gute kommt und die Modernisierung ökologisch sinnvoll ist.

Die Modernisierung von Wohnungen darf nicht zur Explosion der Mieten führen.

- Wir werden auf Landesebene für einen Mietspiegel sorgen, der Mieterhöhungen wirksam begrenzt: Wohnwerterhöhende Merkmale dürfen für Mieterhöhungen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie wirklich zu einer spürbaren Erhöhung des Wohnwertes führen, sie dürfen nicht zum Vorwand genommen werden, um eine allgemeine Mietsteigerung durchzusetzen. Unerhebliche Kleinigkeiten dürfen nicht wie gravierende Mängel oder Vorzüge bewertet werden. Der Senat wird aufgefordert, einen Mietspiegel zu erlassen, der auf das Vorliegen bloßer Kleinigkeiten gestützte Mieterhöhungen verhindert. Der „Einstieg in den ökologischen Mietspiegel“ soll fortgesetzt werden.
- Wir werden auf bezirklicher Ebene Kiez für Kiez das Instrument der Milieuschutzsatzung prüfen, um den Druck auf die Mieten bei Modernisierungen rechtlich zu bremsen. Das Instrument muss daher weiterentwickelt und zu einem wirksamen Mittel zur Begrenzung von Mieterhöhungen umgebaut werden. Dazu sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert und in den Bezirken Kiez für Kiez konsequent angewendet werden.
- Die gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in der Innenstadt gibt Anlass zur Prüfung von Alternativen zu einem privaten Wohnungsbau, der sich auf Luxussanierungen und ein Hochpreissegment für Wohlhabende konzentriert. Hier können zinsvergünstigte Wohnungsbaudarlehen und die weitere Förderung von Baugruppen eine Lösung bieten. Auch bei Erhalt nötiger Freiräume und Erholungsflächen ist die Schaffung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung vielerorts möglich und nötig. Dabei ist darauf zu achten, die Fehlentwicklungen in den 80er Jahren hin zu Großsiedlungsprojekten zu vermeiden. Die Festsetzung neuer innerstädtischer Sanierungsgebiete, die der Berliner Senat mit Erfolg vorantreibt, kann dazu beitragen, vorhandenen Wohnraum ökologisch und energetisch zu erneuern und wieder für alle zu aktivieren.

Rasant steigende Preise der konventionellen Energien bedeuten mehr Strom- und Heizkosten für alle - private Verbraucher und öffentliche Haushalte. Das bedeutet, dass Haushalte und Kommunen mehr für Energie ausgeben müssen, die Mietkostenzuschüsse werden zunehmen. Das belastet auch die kommunalen Sozialkassen. Wenn es den Kommunen bundesweit gelingen würde, durch Effizienzmaßnahmen nur 5% ihrer Heizkosten im Bereich ALGII- und Sozialgeld von rund 1,9 Milliarden Euro einzusparen, könnten die kommunalen Haushalte jährlich um etwa 95 Millionen entlastet werden. Damit ließe sich zumindest ein Teil

- der zu erwartenden weiteren Kostensteigerungen auffangen. Die freigesetzten Gelder sollten deshalb unter anderem in die Maßnahmen zur energetischen Sanierung kommunaler Wohngebäude investiert sowie für ergänzende Beratungsprojekte eingesetzt werden, um so durch weitere Verbrauchsreduzierungen Preissteigerungen abzufangen. Gleichzeitig sollten die Leistungsempfänger mit Energieeffizienz-Aktivitäten im Bereich Haushaltsenergie unterstützt werden. Wir wollen die steigenden Energiepreise sozial abfedern: Während sich etwa die Strompreise für private Haushalte von 2005 bis 2008 laut Verbraucherindex um 27,3 Prozent erhöhten, wurden in diesem Zeitraum die Ansätze für Haushaltsstrom im Regelsatz nicht angepasst. Die Berliner SPD setzt sich deshalb für eine Entlastung einkommensschwacher Haushalte von Energiekosten durch die Einführung eines Sozialtarifs für den Grundbedarf ein. Dieser Tarif soll aber auch keine Verschwendung subventionieren: Der Durchschnittsverbrauch sollte in der Tarifgestaltung wie nach den Vorschlägen des Mieterbundes besonders günstig sein, Mehrverbrauch dagegen deutlich teurer. Gleichzeitig werden wir aber auch allen Haushalten helfen, den Stromverbrauch insgesamt zu senken,

durch Beratung, aber auch durch Hilfe beim Erwerb Strom sparender Geräte. Einkommensschwache Familien sollen Anspruch auf kostenlose Energieberatung haben. In Kommunen mit Stadtwerken können Kunden beispielsweise zinslose Darlehen zum Kauf energiesparender Geräte erhalten, um alte „Energiefresser“ zu ersetzen. Die eingesparten Stromkosten ermöglichen die Rückzahlung.

- Es sollen rechtliche Möglichkeiten geprüft werden, eine Änderung der Stromtarife durchzusetzen. Heute zahlen Menschen mit unterdurchschnittlich hohem Energieverbrauch mehr als Kunden mit hohem Energieverbrauch. Dies könnte man umdrehen, dann würden gerade auch Haushalte mit geringem Einkommen profitieren, die in der Regel weniger Strom als durchschnittlich benötigen, weil die Wohnungen kleiner und weniger Geräte vorhanden sind. Die geltende Rechtslage zur Überprüfung der Angemessenheit von Tarifen und Preisen für Strom und Gas soll angewendet werden. Die von Vattenfall verlangten Preise werden überprüft. Die SPD muss konsequent auf mehr Wettbewerb im Energiesektor setzen und den Einfluss der großen Energieversorger zurückdrängen, da diese permanent ihre Gewinnmargen in der Energieversorgung ausbauen. Wichtigster Baustein wäre eine konsequente Förderung kommunal beherrschter Stadtwerke inklusive einer Rekommunalisierungsstrategie: Wenn der Rückkauf der Netze nicht möglich ist, sollte man auf ökologisch orientierte Konzessionsverträge von Seiten der öffentlichen Hand bestehen. Nahwärmenetze sind lohnende Fortschrittsprojekte für Kommunen.
- Private Haushalte in Deutschland erhalten in Deutschland nur einmal jährlich eine Abrechnung ihrer Energieversorger, die auf ihrem tatsächlichen Stromverbrauch beruht. Damit wird kein zeitnahes Feedback gegeben, das jedoch eine wichtige Grundlage für ein angepasstes sparsames Verhalten wäre, wie es vor allem bei Haushalten mit geringem Einkommen notwendig wäre. Das vorhandene Budget reicht in einkommensschwachen Haushalten für die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte nicht aus, da diese Anschaffungen aus den Regelleistungen bestritten werden müssen. Die Möglichkeit, zum Beispiel durch Sammeleinkäufe der zuständigen Ämter die Anschaffungskosten für effiziente Kühlschränke oder Waschmaschinen zu senken, ist damit nicht gegeben. Wirtschaftliche Entscheidungen, die auch die Folgekosten des Stromverbrauchs einbeziehen, sind für die Leistungsempfänger aus den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum möglich. Vorbild können beispielsweise Kommunen sein, die über Leasingverträge die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte ermöglichen.
- Zur Verbesserung der Transparenz für die Leistungsempfänger wären ergänzende Informationen (z.B. als Beilage zu den Leistungsbescheiden) als Orientierungshilfe wichtig, welche Ansätze für Haushaltsenergie in den Regelsätzen enthalten sind und wie viele Kilowattstunden Strom damit verbraucht werden können. Kontaktadressen für Energie(spar)beratungen in der Umgebung sollten in den Bescheiden enthalten sein. Der Berechnungsansatz für den Regelsatzhaushaltsenergieanteil sollte überprüft werden, da er in seiner jetzigen Form nicht plausibel ist. Zur Verbesserung der Transparenz für die Leistungsträger muss die Datenlage bzgl. der Ausgabenentwicklung für Heizkosten im Bereich ALG II, Sozialgeld und Sozialhilfe verbessert werden. Ebenso muss ein Anreizsystem für einen sparsamen Umgang mit Heizenergie, das sich auf den Heizenergieverbrauch und nicht auf die Heizkosten bezieht, entwickelt werden. Schließlich muss auch der Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungseinrichtungen (Fachämter für Soziales und Energie, Stadtteilbüros, kommunale Wohnungsbaugesellschaften etc.) und Beratungsanbietern (Verbraucherzentralen, Wohlfahrtsverbänden, Schuldnerberatungsstellen, Mietervereine etc.) verstärkt werden.
- Alle Richtwerte für die verschiedenen Haushaltsgrößen im Land Berlin der AV Wohnen gemäß § 22 SGB II werden aus Konsequenz aus dem aktuellen Mietspiegel genauso prozentual angepasst wie die bereits erhöhten Richtwerte für 1-Personen-Haushalte.

Antrag Nr. 03/II/09
KDV Spandau

Überweisung an AH-Fraktion mit Stellungnahme zum nächsten LPT

Straßenausbaubeitragsgesetz: Wasserwirtschaftliche Anlagen herausnehmen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) dahingehend zu ändern wird, dass die Kosten für den Bau von wasserwirtschaftlichen Anlagen (Wasserversorgung und Entwässerung) nicht weiter Gegenstand des Gesetzes bleiben, sondern bis zum Rückkauf der Wasserbetriebe zu 100 Prozent als Investition der Berliner Wasserbetriebe abgewickelt werden, denn Wasserversorgung und Entwässerung sind Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge und dürfen grundsätzlich nicht der Gewinnerzielung dienen.

Die BWB ist privatisiert worden. Das Land Berlin hält nur noch 50% plus eine Aktie der Unternehmensanteile. Das StrABG verpflichtet nun die Bürger, sich an den Kosten für die Erneuerung der Rohrnetze für Wasser und Entwässerung, also an den Investitionen eines privatwirtschaftlichen Unternehmens prozentual zu beteiligen. Das ist unbegreiflich! Sollte die Beitragspflicht auf dem privatrechtlichen Vertrag beruhen, der 1999 zwischen dem Senat und den privaten Betreibern der BWB geschlossen wurde, würde gegen das Prinzip der Daseinsvorsorge zu angemessenen Preisen verstoßen.

Denn es ist daran zu erinnern, dass der Wasserpreise seit 2003 um 30 % gestiegen ist, aber die Preiskalkulation für das Entgelt, nicht offen gelegt wird, weil es sich bei den BWB um ein privatwirtschaftliches Unternehmen handelt. Der Zorn der betroffenen Bürger über die durch das StrABG verursachten Kosten ist verständlich. Es drängt sich der Verdacht auf,

dass der Bürger für die notwendigen Investitionen der BWB zweimal zur Kasse gebeten wird. Einmal über den Wasser- und Entwässerungspreis und das zweite Mal über das StrABG. In der Kalkulation für die Wasser- und Entwässerungsentgelte sind die Investitionen zur Erneuerung von Rohrnetzen bereits enthalten. Das bestätigt auch indirekt die BWB, wonach jährlich ein Viertel des Umsatzes für die Erneuerung des Rohrnetzes investiert wird. Bei den Bürgern für eine Leistung doppelt zu kassieren verstößt gegen Sitte und Moral!

Antrag Nr. 04/II/09
KDV Spandau

Annahme

Straßenausbaubeitragsgesetz: Lichtanlagen, die Altanlagen ersetzen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Straßenausbaubeitragsgesetz dahingehend zu ändern, dass der Ersatz von Lichtanlagen und der Austausch von Leuchtmittel in Straßen nicht Gegenstand des Gesetzes bleibt, denn die Straßenbeleuchtung hat sich aus der Polizeipflicht entwickelt, ist also ein Sicherungsinstrument, sodass auch Neuanlagen mit technischen Verbesserungen und erhöhter Lichtausbeute zum Fortschritt zählen.

Die Straßenbeleuchtung gehört auch nicht zur Straßenbaulast. Sie ist vielmehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Von der im § 128 BBauBG enthaltenen Ermächtigung, auf die Beitragspflicht zu verzichten, sollte deshalb auch Berlin Gebrauch machen.

Bildung

Wiedervorlage wg. Berichtspflicht

FA V/Stadt des Wissens – AG Schule

Rest aus Änderungsantrag zu Antrag 10/II/09

Seite 20, Zeile 22 Antragsbuch:

1. Die Lehrer/innen-Zumessung erfolgt bereits nach Klassen. Satz 1 und der 1. Teil des 2. Satzes sind damit erledigt.
2. Eine 15%ige Vertretungsreserve halten wir nicht für realistisch. Wir schlagen stattdessen vor:
 - eine Grundausrüstung von 102% für jede Schule
 - 3% PKB (Personalkostenbudgetierung)
 - Einrichtung einer zentralen Lehrerfeuerwehr für kurzfristige Vertretungen
3. Ein-Euro-Kräfte und ÖBS-Stellen sind im pädagogischen Bereich nicht gestattet. Hier müssten Missstände konkretisiert werden und die BVVen sich damit befassen.

Stellungnahme des FA dem LPT zur Kenntnis:

Antrag Nr. 05/II/09

Abt. 12/FrhainKreuz

**Überweisung an AH-Fraktion mit Stellungnahme
des FA V / Stadt des Wissens – AG Schule**

Die schulische Personalkostenbudgetierung muss zurückgenommen werden

Laut Pressemitteilung der FrauenvertreterInnen der Berliner Schulen vom 24. Juni 2009 bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich Entqualifizierung und Prekarisierung des LehrerInnenberufs. Mehr als ein Drittel der im letzten Schuljahr befristet Beschäftigten hatte nur eine unvollständige oder gar keine Lehramtsausbildung. Diese Unverantwortlichkeit gegenüber den SchülerInnen wie auch gegenüber den Kolleginnen muss sofort beendet werden.

Deshalb muss den LehrerInnen im Rahmen von ordentlichen Tarifverhandlungen eine angemessene Lohnaufstockung über die Rückkehr in das bundesweite Tarifniveau zugestanden werden.

Statt Ein-Euro-Kräften, ÖBS-Stellen und anderweitigen prekären Beschäftigungsverhältnissen brauchen die Schulen verbindlich eingestellte und nach Tarif bezahlte Pädagogen mit verlässlichen Qualifikationen und unbefristeten Verträgen.

Antrag Nr. 06/II/09

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Kostenfreies Essen in Ganztagschule

Die SPD setzt sich dafür ein, dass flächendeckend Ganztagschulen eingerichtet werden, an denen alle Kinder ein preiswertes, warmes Mittagessen erhalten, das eine ausgewogene, gesunde Ernährung gewährleistet und im ersten Schritt für die Kinder von ALG II-Empfängerinnen und -empfängern sowie von Geringverdienerinnen und -verdienern kostenfrei ist. In einem weiteren Schritt sollen alle Kinder ein kostenfreies Mittagessen erhalten.

Antrag Nr. 07/II/09

KDV FrhainKreuz

Annahme i.d.F.d.AK:

Für verstärkte Einstellung von SchulleiterInnen mit Migrationserfahrung an den Berliner Schulen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die Bewerbungen von Personen mit Migrationserfahrung für SchulleiterInnen-Stellen zu befördern.

Antrag Nr. 08/II/09
KDV Spandau

Annahme

Schulobst für Kinder – In Brüssel geplant – In Berlin umgesetzt

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin die Mittel der Europäischen Union zur Schulobstversorgung beantragt und dafür Sorge trägt, dass spätestens zum nächsten Schuljahr das Angebot durch regional angebautes Obst erweitert wird.

Antrag Nr. 09/II/09
KDV Spandau

Annahme

Hortbetreuung bis zur 6. Grundschulklasse

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Betreuungsmöglichkeit an den Verlässlichen Halbtagsgrundschulen für die ergänzende Betreuung/Hort der Schulkinder bis zur 6. Klasse erweitert wird.

Antrag Nr. 10/II/09
KDV Spandau

Annahme

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Kitapflicht

Die Mitglieder der SPD-Fraktionen des Bundestages und der Länderparlamente werden aufgefordert, eine Initiative mit dem Ziel der Einführung einer gebührenfreien Kitapflicht zu starten. Die Kitapflicht soll für jedes Kind am Tag nach der Vollendung des 4. Lebensjahres beginnen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktionen des Bundestages und der Länderparlamente werden aufgefordert eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel der Einführung einer Kitapflicht zu starten. Die Kitapflicht soll für jedes Kind am Tag nach der Vollendung des 4. Lebensjahres beginnen und jedem Kind mindestens einen Halbtagsplatz garantieren. Der Kitabesuch ist spätestens mit Beginn der Kitapflicht gebührenfrei.

Antrag Nr. 11/II/09
KDV Spandau

Erledigt durch Beschlusslage

Spracherwerb auch für Kinder von Asylbewerbern sicherstellen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass nichtdeutschsprachige Kinder von Asylbewerbern eine verstärkte Förderung beim Spracherwerb in den Berliner Grundschulen zuteil wird.

Antrag Nr. 12/II/09
KDV Spandau

Annahme

Ausbildungsverbände fortführen – Berlin braucht Fachkräfte

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, dass das Bund-Länder-Sonderprogramm über das Jahr 2009 hinaus verlängert wird, damit die Ausbildungsverbände in Berlin weiter finanziert werden können.

Europa / Internationales

Antrag Nr. 13/II/09

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Vom Antragsteller zurückgezogen

Vorfahrt für ein soziales Europa / Weitere EU-Beitrittsperspektiven nur nach vertiefender Integration der bisherigen Mitgliedsstaaten

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass keine Beitrittsperspektiven für Aufnahmen in die Europäische Union für weitere Staaten eröffnet werden, bevor die Europäische Union ein Konzept und eine Roadmap für eine vertiefende Integration in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen und soziale Standards zwischen ihren bisherigen Mitgliedsstaaten beschlossen hat.

Wiedervorlage Antrag Nr. 44/I/09

Abt. 03/Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Völkerrechtliche Diskriminierung von Palästinenser aufheben

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in allen von ihnen zu beeinflussenden Entscheidungen und Willensbildungen zum Nahostkonflikt Ungleichbehandlungen und unterschiedlichen Standards im Umgang mit den Rechten und legitimen Interessen Israels und der Palästinenser entgegen zu wirken. Das Entstehen für das Existenzrecht Israels und das Recht der israelischen Bevölkerung, in Sicherheit zu leben, müssen den gleichen Rang haben wie das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf ein menschenwürdiges Leben, die Unterstützung der Zweistaaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt und der Errichtung eines souveränen und lebensfähigen Palästinenser-Staates sowie die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte durch den Staat Israel in der Verantwortung für die von ihm besetzten Gebiete und deren Bevölkerung.

Familie / Kinder / Jugend

Wiedervorlage Antrag Nr. 46/II/09

(vertagt vom LPT am 17.05.09)

LDK Jusos

Annahme

Kreativ-, Kultur- und Freizeitzentrum im Flughafengelände Tempelhof schaffen

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, ein Kreativ-, Kultur- und Freizeitzentrum auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof zu installieren, welches mittels des ÖPNV leicht zu erreichen ist und im Einzugsgebiet des Schilkerkiezes und der Anrainer der Hasenheide liegt. Eine Zusammenarbeit und Koordination mit umliegenden Jugend- und Kulturprojekten soll angestrebt werden. Während des gesamten Planungs- und Durchführungsprozesses ist auf die adäquate Einbindung der jeweiligen Zielgruppe zu achten. Zukunftswerkstätten in den Anrainerkiezen sollen als erprobtes Mittel der Partizipation vor Ort zumindest geprüft werden.

Durch diesen Schritt soll die Jugend- und Kulturarbeit in den Bezirken Neukölln und Tempelhof-Schöneberg verbessert und intensiviert werden. Dieses Jugendzentrum soll einer Vielzahl an kulturellen Projekten, die auch selbstverwaltet sein können, eine Heimat bieten. So stellen wir uns Räume für Theatergruppen und Musikaufnahmen jeglicher Richtung bis hin zu Ausstellungen, Breakdance-Veranstaltungen, Streetballplätzen und einem selbstverwalteten Café vor. Diese Projekte müssen durch eine sozialpädagogische Betreuung begleitet werden, die den Menschen Verantwortung für die Räumlichkeiten überträgt, mit dem Ziel ein Kreativ-, Kultur- und Freizeitzentrum zu schaffen, das die jungen Menschen ihr Eigen nennen, statt es als bloßes Angebot zu nutzen, ohne sich damit zu identifizieren.

Gerade in Nordneukölln ist der Ausbau der Jugendarbeit sinnvoll, um verschiedensten Schichten, Milieus und Interessen einen gemeinsamen Anlaufpunkt zu bieten. Dadurch wird eine bessere Vernetzung der einzelnen Aktivitäten erreicht und es wird ein Ort geschaffen, an dem sich Menschen verschiedenster Interessen treffen und austauschen können. So wird nicht nur die Jugendarbeit erleichtert, sondern auch verbessert. Gleichzeitig bietet ein solches Zentrum perspektivlosen jungen Menschen die Möglichkeit sich kreativ zu betätigen und weiterzuentwickeln. Dabei wollen wir das Rad nicht neu erfinden, sondern auf die Genese erfolgreicher Projekte verweisen, die in Institutionen (bspw. in Independent-Labels, Modelabels, etc.) mündeten. Hier lassen sich Elemente aufgreifen, die nicht kopiert werden sollen, aber Denkanstöße liefern, die in die Konzeption eines solchen Zentrums einfließen können.

Gleichzeitig darf an der personellen und materiellen Ausstattung nicht gespart werden. Im Gegenteil, hier muss massiv investiert werden, denn die Einsparungen von heute in diesen Bereichen, erwarten uns potenziert als soziale Folgekosten in 10 bis 15 Jahren. Umgekehrt wird jede Investition in Kinder und Jugendliche mit künftigen materiellen und immateriellen Erträgen in allen Bereichen belohnt.

Antrag Nr. 14/II/09

KDV FrhainKreuz

Annahme

Ausweitung des Betreuungsumfangs in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin sowie die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich für eine schrittweise Veränderung des Mindestbetreuungsumfangs sowie der Bedarfskriterien bei der Festlegung des individuellen Betreuungsumfangs im Rahmen der Erteilung des Gutscheins für den Besuch einer Einrichtung der Kindertagesbetreuung einzusetzen, die darauf abzielen, das Verfahren zur Ermittlung des Betreuungsumfangs und zur Ausstellung des Betreuungsgutscheins zu vereinfachen und den zu gewährenden Betreuungsumfang gegenüber den derzeitigen Regelungen zu erhöhen.

Dazu sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. In einem ersten Schritt soll mit Beginn des Kita-Jahres 2010/11 erreicht werden, dass Alleinerziehende unabhängig von der Zahl ihrer Kinder und dem Vorliegen weiterer Gründe einen Anspruch auf einen Teilzeitplatz erhalten (bisher nur Halbtagsplatz).

Zudem ist ebenfalls zu diesem Zeitpunkt sicherzustellen, dass bisher nur befristet geltende Erhöhungen des gewährten Betreuungsumfangs, z.B. wegen der Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung, an Beschäftigungsförderungsmaßnahmen, etc., unbefristet gelten, um zu verhindern, dass z.B. nach Beendigung einer Weiterbildungs- oder Beschäftigungsmaßnahme der Betreuungsumfang von einem Ganztagsplatz (über 7 bis höchstens 9 Stunden) auf einen Halbtagsplatz (4 bis höchstens 5 Stunden) reduziert wird.

2. Mittelfristig (spätestens ab 2013) ist sicherzustellen, dass der Mindestbetreuungsumfang unabhängig vom Vorliegen bestimmter pädagogischer, sozialer, oder familiärer Gründe ab dem vollendeten 3. Lebensjahr mindestens einem Teilzeitplatz entspricht (über 5 bis höchstens 7 Stunden; bisher nur Halbtagsplatz), sofern die Eltern dies wünschen.
3. Es ist zu prüfen, welche weiteren Vereinfachungen des Bedarfsfeststellungsverfahrens zur Erteilung des Betreuungsgutscheines geeignet sind, entstehende Kostenerhöhungen durch die Erhöhung des Betreuungsumfangs durch die Verminderung des Verwaltungsaufwandes zumindest teilweise zu kompensieren.

Gesundheit

Antrag Nr. 15/II/09

AGS Landesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Beitragsgerechtigkeit für Selbständige in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Beitragseinstufung von Selbständigen bei der gesetzlichen Krankenversicherung die Bemessungsgrundlage das tatsächliche Betriebsergebnis des Unternehmers sein muss. Zu hoch angesetzte Beiträge sind –also auch rückwirkend- zu erstatten, sofern der/die krankenversicherte Unternehmer/in nachweist, dass das Betriebsergebnis geringer war als geschätzt.

Antrag Nr. 16/II/09

AGS Landesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Überweisung an FA IX Gesundheit und Soziales
mit Berichtspflicht zum nächsten LPT**

Wechsel in den Basistarif für Selbständige nicht zwingend

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Grundsicherungsbehörden im Rahmen der Angemessenheit vorrangig zu prüfen haben, ob in der PKV die Beibehaltung des bestehenden Versicherungsverhältnisses von Selbständigen / Freiberuflern wirtschaftlicher und von den Konsequenzen her günstiger für den versicherten Selbständigen ist, als der Wechsel in den Basistarif. Eine bundeseinheitliche Verwaltungspraxis ist sicherzustellen.

Antrag Nr. 17/II/09

AGS Landesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Überweisung an FA IX Gesundheit und Soziales
mit Berichtspflicht zum nächsten LPT**

PKV-Beiträge aus der Grundsicherung

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für Selbständige, die Grundsicherungsbeiträge erhalten, die jetzt zu zahlenden Eigenanteile von den Grundsicherungsbehörden getragen werden bzw. wieder der Wechsel in die gesetzliche Krankenversicherung möglich ist.

Antrag Nr. 18/II/09

AGS Landesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Überweisung an FA IX Gesundheit und Soziales
mit Berichtspflicht zum nächsten LPT**

Nachzahlungsantrag

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Selbständige nur die Beiträge zu zahlen haben, die nach dem Abschluss einer Krankenversicherung anfallen.

Antrag Nr. 19/II/09

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an Berliner MdB's

Gesundheit/ Gesundheitskarte

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Projekt der so genannten Gesundheitskarte insoweit zu stoppen, als damit Gesundheits- und Krankendaten zentral gespeichert werden (insbesondere die elektronische Patientenakte und das elektronische Rezept).

Antrag Nr. 20/II/09

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Überweisung an die AG der BVV-Fraktionsvorsitzenden

Gesundheit/HPV Impfung/Recht auf gesundheitliche Information

Um eine umfassende und sachliche Information über die HPV- Impfung (Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs) für Mädchen und Frauen zu ermöglichen, soll das Informationsfaltblatt: „HPV- Impfung. Ein Schutz vor Gebärmutterhals-

krebs? Eine Entscheidungshilfe“, des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg als Grundlage genommen werden, um diese in allen Berliner Bezirken der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Gleichstellung

Antrag Nr. 21/II/09

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Konsequente Umsetzung des Gender-Ansatzes in der Bundesregierung

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, dass das Bundesministerium für Senioren, Frauen und Jugend, beauftragt wird, den gesamten Bundeshaushalt in regelmäßigen Abständen nach den Grundsätzen des Genderbudgetting zu überprüfen.

Antrag Nr. 22/II/09

ASF Berlin

Erledigt durch Änderung Personalvertretungsgesetz

Landesgleichstellungsgesetz (LGG) umfassend anwenden – auch bei Beurteilungen

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die von der SPD gestellten Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für eine Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) dahingehend einzusetzen, dass dienstliche Beurteilungen von Beamtinnen und Beamten sowie Zeugnisse von Angestellten der Frauenvertreterin zur Beteiligung vorzulegen sind.

Antrag Nr. 23/II/09

ASF Berlin

Annahme

Einstein-Stiftung Berlin geschlechterparitätisch besetzen

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Berliner Abgeordnetenhaus auf, ausnahmslos alle geplanten Gremien der Stiftung (Gesellschaft bürgerlichen Rechts; Federführung hat die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung; den Vorstand, den Stiftungsrat, den Aufsichtsrat und den Beirat - geschlechterparitätisch zu besetzen.

Inneres / Recht

**Wiedervorlage Antrag Nr. 59/II/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
AG Migration LVV**

Annahme i.d.F.d.LPT:

Zweiklassen-Staatsbürgerschaft verhindern

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass in der allgemeinen Polizeistatistik das Merkmal Migrationshintergrund von Tatverdächtigen nicht dargestellt wird. Zum Zweck der Verbesserung der Präventionsarbeit kann dieses Merkmal in gesonderten Statistiken aufgenommen werden.

**Antrag Nr. 24/II/09
Abt. 10/TrepKöp
Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Annahme i.d.F.d.AK:

Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG

Die SPD unterstützt die Kampagne zur Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“ und die Streichung des überholten und missverständlichen Begriffs „Rasse“. Der Art. 3 Abs. 3 GG soll künftig lauten:

„(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

**Antrag Nr. 25/II/09
AG Migration LVV
Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Erledigt durch BPT-Beschluss

Keine Koalitionen mit Parteien nach den Bundestagswahlen, die das kommunale Wahlrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige ablehnen!

Der Bundesparteitag möge beschließen, nach den bevorstehenden Bundestagswahlen einem Koalitionsvertrag nur zuzustimmen, wenn in ihm die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und die Abschaffung des derzeitigen Optionsmodells und damit die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für Drittstaatsangehörige im Koalitionsvertrag vereinbart ist.

**Antrag Nr. 26/II/09
KDV Spandau
Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Annahme

Angemessener Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in der EU dringend erforderlich

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments, der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein angemessener Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in der EU gewährleistet wird.

Bei jeder neuen Initiative ist das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu wahren und deren Auswirkung auf das bestehende System von Eingriffsmaßnahmen zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf den Kumulationseffekt sind die verschiedenen europäischen Initiativen zudem grundrechtskonform aufeinander abzustimmen. Redundanzen und Überschneidungen müssen verhindert werden.

Ein Rechtsakt muss unverzüglich beschlossen werden, der über den Rahmenbeschlussvorschlag hinaus einen hohen und gleichwertigen Datenschutzstandard bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit verbindlich vorschreibt. Die gesamte nationale und grenzüberschreitende Informationsverarbeitung in diesem Bereich muss davon erfasst sein, um ein einheitliches Datenschutzniveau in den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Ein unabhängiges, beratendes Datenschutzgremium sowie eine unabhängige und umfassende datenschutzrechtliche Kontrolle müssen für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit eingerichtet bzw. gewährleistet werden.

Antrag Nr. 27/II/09

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Ausführungsgesetz für Datenschutzaudit erlassen

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass umgehend ein Ausführungsgesetz die prinzipielle Regelung für ein Datenschutzaudit erlassen wird.

Inneres / Verwaltung

Antrag Nr. 28/II/09
AG Migration

Erledigt durch Annahme 31/II/09

Für einen jährlichen Bericht zur Personalentwicklung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, einen jährlichen Bericht zur Personalentwicklung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst in den Bezirken und den Eigenbetrieben zu erstellen.

Antrag Nr. 29/II/09
AG Migration und KDV FrhainKreuz

Annahme

Einstellungsvoraussetzungen bei der Berliner Berufsfeuerwehr ändern – Einstellung von MigrantInnen auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft fördern!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert die Einstellungsvoraussetzungen in der Berliner Feuerwehr zu ändern, mit dem Ziel Einstellungsvoraussetzungen gegebenenfalls zu prüfen um auch BerlinerInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft den Zugang zur Berliner Berufsfeuerwehr zu öffnen.

Antrag Nr. 30/II/09
AG Migration

Erledigt durch Annahme 29/II/09

Einstellungsvoraussetzungen bei der Berliner Berufsfeuerwehr ändern – Einstellung von MigrantInnen auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft fördern!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefordert die Einstellungsvoraussetzungen in der Berliner Feuerwehr zu ändern, mit dem Ziel Einstellungsvoraussetzungen gegebenenfalls zu ändern um auch BerlinerInnen ohne deutsche Staatsbürgerschaft den Zugang zur Berliner Berufsfeuerwehr zu öffnen.

Antrag Nr. 31/II/09
KDV FrhainKreuz

Annahme i.d.F.d.AK:

Bericht zur Personalentwicklung von MitarbeiterInnen mit Migrationserfahrung

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert regelmäßige Berichte zur Personalentwicklung von MitarbeiterInnen mit Migrationserfahrung im öffentlichen Dienst in Auftrag zu geben.

Antrag Nr. 32/II/09
KDV Spandau

Überweisung an FA VII / Wirtschaft, Arbeit, Technologie

Schaffung einer Netzbehörde für alle landesweiten Infrastrukturnetze

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin, werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass alle Infrastrukturnetze in der Bundesrepublik Deutschland in das staatliche Eigentum überführt und dann instand gesetzt, instand gehalten, und weiterentwickelt werden. Unter Infrastrukturnetze sind das Stromnetz, Straßennetz, Wasserstraßennetz, Schienennetz, die Flugüberwachung und die Telekommunikationsnetze zu verstehen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin, werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass alle Infrastrukturnetze in der Bundesrepublik Deutschland in das Eigentum einer zu gründenden staatlichen Netzbehörde überführt und dann instand gesetzt, instand gehalten, und weiterentwickelt werden. Unter Infrastrukturnetze sind das Stromnetz, Straßennetz, Wasserstraßennetz, Schienennetz, die Flugüberwachung und die Telekommunikationsnetze zu verstehen. Die Bundesbehörde wird die Netze verwalten und kann zur Finanzierung die mittelfristige Nutzung (5-10 Jahre) an private Anbieter ausschreiben, versteigern oder verleihen. Alle Infrastrukturnetze bleiben Eigentum der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Das Stromnetz ist für eine dezentrale Energieversorgung und für diskriminierungsfreie Im- und Exporte auszubauen.

Kultur

Wiedervorlage Antrag Nr. 68/II/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV CharlWilm

Erledigt durch tätiges Handeln

Kulturstandort City-West sichern

Die Senatsverwaltung für Kultur wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe „Kulturstandort City-West“ gemeinsam mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf einzusetzen, die ein Konzept für den Kulturstandort City-West, auch unter Berücksichtigung der privaten Spielstätten entwickelt.

Dieses Konzept soll folgende Punkte berücksichtigen:

1. Die kulturelle Nutzung des Standortes der „Tribüne“ als traditionellem Standort in der City-West.
2. Die Vermarktung des Kultur-Boulevards für die Zeit des Gastspiels der Staatsoper im Schiller-Theater, sowie ein nachhaltiges Nutzungskonzept für das Schillertheater über den Standort als Ersatzbühne hinausgehend.
3. Die Integration des Amerikahauses als ergänzenden Kultur- und Bildungsstandort am Zoo. Bis zur Vorlage eines Konzepts sollten keine Entscheidungen über Verkäufe getroffen werden.

Antrag Nr. 33/II/09
Juso-Landesvorstand

Annahme i.d.F.d.AK:

Mauerpark vollenden! – Ein Stück Berlin erhalten und für alle öffnen – eine offene Kunst- und Kulturlandschaft erhalten!

Die SPD Berlin fordert die Vollendung des Mauerparks als Grün- und Freizeitfläche in der vom Flächennutzungsplan vorgesehenen Form.

In Fortsetzung des Grünzugs auf dem Gelände des ehemaligen Grenzstreifens besitzt der Mauerpark gesamtstädtische Bedeutung. Senat und Abgeordnetenhaus werden deshalb dazu aufgefordert, in Abstimmung mit den Bezirken Mitte und Pankow Maßnahmen zu ergreifen, um den Mauerpark zu vollenden. Das Land Berlin steht hier in der Verantwortung.

Eine zu beiden Seiten hin offene Parkgestaltung steigert die Attraktivität und Lebensqualität der benachbarten Quartiere in Wedding und Prenzlauer Berg. Der Mauerpark trägt auf diese Weise dazu bei, das Zusammenleben in der Stadt zu fördern und eine Verfestigung des Wohlstandsgefälles zwischen den angrenzenden Kiezen zu verhindern. Das Gelände wird damit zu einer Brücke zwischen West und Ost.

Ziel aller Bestrebungen zur Vollendung des Mauerparks muss es sein, ein Maximum an Grünfläche bzw. Park bei einem Minimum an sozialen und kulturellen Konflikten sicherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt das Land in Verhandlungen mit Vivico und Rücksprache mit den beteiligten Bezirken sicher, dass die notwendigen Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Der Mauerpark ist ein Stück gelebte Kunst mitten in der Stadt – weltberühmt und damit ein wichtiger Anziehungspunkt für BerlinerInnen und TouristInnen aus der ganzen Welt. Eine Bebauung entlang der westlichen Grenze gefährdet seine einzigartige Funktion als Ort offener Kultur und urbanen Lebensgefühls. Berlin lebt von diesem Eindruck des Offenen, Alternativen und Individuellen. Plätze, die dieses ausdrücken, müssen erhalten und erweitert und nicht durch Ausweitung heranrückender Wohngebiete gefährdet werden.

Die Zeit bis zu einer Vollendung des Mauerparks drängt. Die Förderung von 4,5 Millionen DM der Allianz Umweltstiftung bei dem Bau des Mauerparks Anfang der 90er Jahre, ist an die Bedingung gekoppelt worden, dass der Park bis 2010 auf mindestens zehn Hektar angewachsen ist. Andernfalls würde die Allianz Umweltstiftung ihre Fördergelder zurückziehen und das Land Berlin müsste 2,3 Millionen Euro zurückzahlen. Dieses Geld kann und muss sinnvoller angelegt werden!

Die Fertigstellung des Mauerparks ist bei der richtigen Prioritätensetzung durch den Senat auch finanzierbar. Ihn als „lebendige Kunsthalle“ dauerhaft zu sichern, ist Ausdruck sozialdemokratischer Stadtpolitik!

Soziales

Wiedervorlage Antrag Nr. 70/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV TrepKöp und Abt. 10/TrepKöp
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Annahme

Ausdehnung des gesetzlichen Rentenversicherungssystems

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung werden aufgefordert in der nächsten Legislaturperiode einen konkreten Vorschlag und Zeitplan vorzulegen, wie die bestehenden Versorgungssysteme für Sondergruppen wie Beamte und Abgeordnete in das System der gesetzlichen Rentenversicherung überführt werden können.

Wiedervorlage Antrag Nr. 74/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV MarzHell

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

Gesetzliche Mindesteinnahme für Freiwillig Versicherte senken

Die Abgeordneten der SPD werden aufgefordert, sich für die Senkung der gesetzlichen Mindesteinnahme für Freiwillig Versicherte in der Gesetzlichen Krankenversicherung auf 1260,00 € einzusetzen.

Wiedervorlage Antrag Nr. 77/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
FA IX / Soziales und Gesundheit

Annahme

Ablösung des Heimgesetzes (öffentlich-rechtlicher Teil) durch Berliner Gesetz

Die Übertragung der Gesetzgebungszuständigkeit des Heimgesetzes auf die Länder eröffnet Chancen für ein modernes Berliner Gesetz zur Stärkung von Schutz und Selbstbestimmung von Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung, die nicht verpasst werden dürfen.

Nachdem die bisherigen Entwürfe der Senatsverwaltung für Integration, Soziales und Verbraucherschutz sich wegen konzeptioneller Ziellosigkeit und vieler handwerklicher Fehler erheblicher fachlicher und sozialpolitischer Kritik von allen Seiten ausgesetzt sehen, fordert der Landesparteitag Senat und Abgeordnetenhausfraktion auf, darauf zu achten, dass u.a. die folgenden – teilweise schon vor 2 Jahren vom Landesparteitag beschlossenen - Grundsätze in das neue Berliner Gesetz einfließen und zu einem zeitgemäßen Gesetz beitragen können:

- Berücksichtigung der Entwicklung neuer Wohnformen, Abkehr von überkommenen rein einrichtungsbezogenen und leistungsrechtlich orientierten Sichtweisen zum Ansatz aus der Sicht der betroffenen Personengruppen,
 - Qualitätssicherung und anlassbezogener Schutz auch in besonderen Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen, die nicht selbstverantwortlich geführt werden ,
 - Förderung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Begleitung von Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder mit Behinderung und Schaffung von Anreizen, Angehörige und bürgerschaftlich Engagierte in die Arbeit für und mit den Betroffenen einzubinden, Förderung der Öffnung der Einrichtungen ins Quartier,
 - Festlegung von Qualitätsstandards (z.B. Mindestpersonalausstattung), Harmonisierung baulicher Mindeststandards mit dem Landesbaurecht,
 - Eröffnung innovativer Wege bei der Mitwirkung der Betroffenen,
 - Stärkung des Verbraucherschutzes (z.B. modernes Qualitätssicherungs- und Beschwerdemanagement),
 - Abbau überflüssiger bürokratischer Regelungen,
 - Mehr Transparenz durch verbesserte Berichterstattung der Überwachungsbehörde (bisher „Heimaufsicht“),
 - Effektivierung des Vollzuges der Überwachung zum Schutz der Betroffenen (neue Balance), neues Profil der bisherigen Heimaufsicht,
 - Erprobungsregelungen, um die Weiterentwicklung neuer Formen gemeinschaftlichen Wohnens zu erleichtern.
-

Antrag Nr. 34/II/09
KDV Spandau

Erledigt
Textgleicher Antrag wurde dem LPT am 17.05.09 unter der Nr. 111/II/09 vorgelegt

Eigenständige Regelsätze für Kinder!

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Regelsätze für die Kinder von ALG II-BezieherInnen nicht mehr vom Bedarf Erwachsener abgeleitet, sondern eigenständig definiert werden. Die Regelsätze müssen die Beteiligung am schulischen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen und somit den Bedarf für die Kinder für Spielzeug, Sport, Kultur und weiterem speziellen kindgerechtem Bedarf sicherstellen. Hierzu gehört auch, die Regelsätze für Kinder mindestens in Höhe der Preisentwicklung anzupassen. Des Weiteren sind Erhöhungen des Kindergeldes wirkungsgleich zu übernehmen. Eine entsprechende Festlegung im Regierungsprogramm 2009 wird vorgenommen. Weiterhin wird die SPD prüfen, inwieweit Kindern mit Sachleistungen und Gutscheinen etwa für Vereinsmitgliedschaften, Freizeitaktivitäten oder weitere Fördermaßnahmen (Nachhilfestunden) direkt geholfen werden kann.

(Vom Antragsteller direkt an den BPT eingereicht)

Antrag Nr. 35/II/09
KDV FrhainKreuz

Überweisung an FA IX / Gesundheit und Soziales

Lücken im Krankenversicherungsschutz für Erwerbslose schließen

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, bestehende Lücken im Krankenversicherungsschutz für Erwerbslose zu schließen, indem die Zuschüsse zur privaten Krankenversicherung nach § 26 SGB II für Bezieher von Arbeitslosengeld II, die im sog. Basistarif privat krankenversichert sind, Beiträge an die private Krankenversicherung in Höhe des halben Basistarifs zu zahlen haben und über kein sonstiges Einkommen verfügen, in diesen Fällen nicht auf die Höhe der im Falle der gesetzlichen Versicherung zu zahlenden Beiträge begrenzt werden oder die Privatkassen in diesen Fällen zu verpflichten, nur Beiträge in Höhe der gesetzlichen Beiträge erheben zu dürfen.

Antrag Nr. 36/II/09
KDV Spandau

Rücküberweisung an Antragsteller m.d.B. um Überarbeitung

Hamburger Programm umsetzen! – Gleiches Recht für alle Generationen in der sozialen Sicherung I

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages bzw. der Landesregierungen und Landtage, einschließlich des Abgeordnetenhauses von Berlin und der Bürgerschaften in den Freien und Hansestädten Bremen und Hamburg werden aufgefordert, durch Auslösen entsprechender Gesetzesgebungsinitiativen bzw. Initiativen im Bundesrat das Hamburger Programm der SPD vom Oktober 2007 umzusetzen. Darin heißt es unter anderem: „Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch Beiträge finanzieren.“

Die genannten Amts- und Mandatsträger werden aufgefordert, in diesem Zusammenhang den Steueranteil bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme schrittweise soweit auszudehnen, dass die Anrechnung von Ausbildungs- und Studienzeiten bis zur Länge der Regelstudienzeit auf die Rente wieder hergestellt werden kann. Damit soll die gegenwärtig eklatante Benachteiligung von Akademikern bei ihrer Rentenbemessung durch die Nichtanrechnung ihrer objektiv längeren Zeit der beruflichen Qualifikation beseitigt werden.

Antrag Nr. 37/II/09
KDV Spandau

Rücküberweisung an Antragsteller m.d.B. um Überarbeitung

Hamburger Programm umsetzen! – Gleiches Recht für alle Generationen in der sozialen Sicherung I

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages bzw. der Landesregierungen und Landtage, einschließlich des Abgeordnetenhauses von Berlin und der Bürgerschaften in den Freien und Hansestädten Bremen und Hamburg werden aufgefordert, durch Auslösen entsprechender Gesetzesgebungsinitiativen bzw. Initiativen im Bundesrat das Hamburger Programm der SPD vom Oktober 2007 umzusetzen. Darin heißt es unter anderem: „Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch Beiträge finanzieren.“

Die genannten Amts- und Mandatsträger werden aufgefordert, in diesem Zusammenhang den Steueranteil bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme schrittweise soweit auszudehnen, dass der so genannte Riester-Faktor nicht nur für 2008 und 2009 ausgesetzt, sondern komplett abgeschafft werden kann.

Antrag Nr. 38/II/09
KDV Spandau

Rücküberweisung an Antragsteller m.d.B. um Überarbeitung

Hamburger Programm umsetzen! – Gleiches Recht für alle Generationen in der sozialen Sicherung I

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages bzw. der Landesregierungen und Landtage, einschließlich des Abgeordnetenhauses von Berlin und der Bürgerschaften in den Freien und Hansestädten Bremen und Hamburg werden aufgefordert, durch Auslösen entsprechender Gesetzgebungsinitiativen bzw. Initiativen im Bundesrat das Hamburger Programm der SPD vom Oktober 2007 umzusetzen. Darin heißt es unter anderem: „Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch Beiträge finanzieren.“

Die genannten Amts- und Mandatsträger werden aufgefordert, in diesem Zusammenhang den Steueranteil bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme schrittweise soweit auszudehnen, dass der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, wie er beschlossen ist, wieder aufgehoben werden kann.

Antrag Nr. 39/II/09
KDV Spandau

Annahme

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Soziale Verantwortung von Unternehmen durch gesetzliche und kollektivvertragliche Normen einfordern – Beschäftigungsmöglichkeiten

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass für europäische bzw. in Europa agierende Unternehmen konkrete, operationale Kriterien geschaffen werden, die sicherzustellen, dass zukünftig europaweit

- Weiterbildungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte bestehen
- der Beschäftigtenanteil für gering Qualifizierte in regulären Arbeitsverhältnissen erhöht wird
- Frauen im Berufsalltag gefördert werden
- Entgeltdiskriminierungen abgeschafft werden
- Die Wiederkehr in den Beruf nach der Elternzeit sichergestellt ist
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte bestehen
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere bestehen

Antrag Nr. 40/II/09
KDV Spandau

Annahme

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Grundsicherung in der Altersversorgung I

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für Altersrentner/innen folgende gesetzliche Regelungen getroffen werden:

- Jede/r, der/die mindestens 25 Jahre Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung geleistet hat, erhält eine Altersversorgung, die mindestens der Grundsicherung entspricht, auch wenn diese durch eigene Anwartschaft noch nicht erreicht ist. Dem Träger der Rentenversicherung ist aus öffentlicher Hand der zusätzliche Betrag aus Steuergeldern zu ersetzen.
- Bei Renten in Höhe der Grundsicherung werden Sparleistungen zur privaten Altersvorsorge nicht angerechnet.

Antrag Nr. 41/II/09
KDV Spandau

Überweisung an Landesvorstand mit dem Auftrag, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten

Grundsicherung in der Altersversorgung II

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass für Altersrentner/innen folgende gesetzliche Regelungen getroffen werden:

- Jede/r, der/die mindestens 35 Jahre Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung geleistet hat, erhält für jedes Jahr, dass er/sie länger als 25 Jahre Beiträge geleistet hat, einen Aufschlag bis zu einem Prozent auf die Rente in Höhe der Grundsicherung. Dem Träger der Rentenversicherung ist aus öffentlicher Hand der zusätzliche Betrag aus Steuergeldern zu ersetzen.
 - Sparleistungen zur privaten Altersvorsorge werden bei der Festlegung dieses Aufschlages angerechnet.
-

Steuern

Antrag Nr. 42/II/09
KDV Spandau

Überweisung an die Berliner MdB's

Spitzenbesteuerung auf außerordentliche Einkommen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass außerordentliche Einkommen, die von Unternehmen gezahlt werden, deren Fortbestand nur durch staatliche Bürgschaften und Finanzspritzen gesichert werden konnten, mit mindestens 90 % besteuert werden.

Umwelt / Energie

**Wiedervorlage Antrag Nr. 79/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV Spandau und Abt. 03/Spandau**

Überweisung an Landesvorstand

Energieeinsparungsgesetz

Die SPD setzt sich dafür ein, das Energieeinsparungsgesetz so zu ändern, dass bei Gebäuden ab 6 Wohneinheiten lediglich der bedarfsorientierte Energieausweis zulässig ist. Gleichzeitig wird auch Altmietern das Recht auf diesen Ausweis eingeräumt.

Da gerade der Energiekostenanteil an der Gesamtmiete nicht unbeträchtlich gestiegen ist und eine enorme Belastung für jeden Haushalt darstellt, wird geprüft, inwieweit Wohnungseigentümer mit mehr als 100 Mietwohnungen im Bestand gesetzlich verpflichtet werden können, energiesparende Modernisierungen vornehmen zu müssen, andernfalls den Mietern das Recht auf Mietminderung zugestanden werden kann.

**Antrag Nr. 43/II/09
Abt. 02/MarzHell**

Annahme i.d.F.d. LPT:

Klimaschutzgesetz

Für den Schutz des Klimas hat Berlin als größte deutsche Stadt und Hauptstadt Deutschlands eine besondere Verantwortung. Der Klimawandel findet statt und wird auch in Berlin und Brandenburg zu erheblichen klimatischen Veränderungen führen. Eine im Auftrag der Stadtentwicklungsverwaltung erstellte Studie belegt, dass der Klimawandel sogar in unseren Breiten deutlich schneller und stärker ausfallen wird als bisher gedacht. Ein drastischer Temperaturanstieg um 2,5 Grad schon bis zum Jahr 2050, deutlich mehr extreme Wetterereignisse, höhere CO₂- und Ozonwerte sowie ein starker Anstieg der Wasserverluste in der Region zeigen den großen politischen Handlungsbedarf.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat daher zu Recht auf Initiative der SPD-Fraktion ambitionierte Klimaziele für Berlin beschlossen. Jetzt gilt es, diese selbst definierten Ziele noch konsequenter als bisher umzusetzen. Dafür ist ein Berliner Klimaschutzgesetz ein wichtiger Baustein. Der vorliegende Referentenentwurf zum Berliner Klimaschutzgesetz muss noch verbessert werden. Wir wollen kein Investitionsverhinderungsgesetz, sondern vernünftige Vorgaben, die den Klimaschutz in Berlin wirtschaftlich und sozial verträglich voranbringen.

Es ist ein ausgewogener Mix aus verpflichtenden gesetzlichen Vorgaben und offenen technischen Lösungen notwendig. Langfristige Vorgaben für eine stufenweise und planbare Absenkung des Wärmeenergiebedarfs von Bestandsgebäuden sind dafür der richtige Weg. Der Hauseigentümer soll die Entscheidungsfreiheit behalten, mit welchen Maßnahmen (Gebäudedämmung, Heizungserneuerung, Erneuerbare Energien) er die Ziele erreichen will. Die Belastungen für die Mieter sind sozial verträglich zu halten, im günstigen Fall ist sogar eine Warmmieten-Neutralität möglich. Durch den sinkenden Energiebedarf werden die Mieter besser vor zukünftigen Energiepreisexplosionen geschützt. Es ist zu prüfen, ob den Hauseigentümern Zuschüsse (z.B. eine Abwrackprämie für alte Heizkessel) und/oder bestimmten Haushalten spezielle Unterstützungsleistungen gewährt werden können.

Wichtig ist, dass vor der Verabschiedung des Gesetzes eine Abschätzung über die zu erwartenden Kosten für Mieter, Hauseigentümer und die Wirtschaft vorgelegt wird. Die SPD wird eine ausführliche Anhörung der Betroffenen im Abgeordnetenhaus durchführen, deren Ergebnisse bei der Beschlussfassung angemessen zu berücksichtigen sind.

Verkehr

Wiedervorlage Antrag Nr. 81/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
Abt. 04/StegZehl

Ablehnung

Kostengünstige ÖPNV-Anbindung des Flughafens Schönefeld

Die SPD-Mitglieder im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Flughafen Schönefeld wieder mit ÖPNV-Tickets der Tarifzone AB erreicht werden kann.

Wiedervorlage Antrag Nr. 87/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV CharlWilm

Ablehnung

Walk of Fame / Straßenbahn Alexanderplatz

Der Senat wird aufgefordert die Planung und den Bau der vorgesehenen Straßenbahnlinie vom Alexanderplatz zum Kulturforum schnellstmöglich in Angriff zu nehmen. Für den "Walk of Fame" ist ein anderer Standort zu suchen.

Wiedervorlage Antrag Nr. 88/1/09
wg. Berichtspflicht FA XI/Mobilität
AfA Berlin

Annahme i.d.F.d.AK:

Regionalverkehr auf der Schiene stärken

Die Berliner SPD setzt sich aus verkehrs-, umwelt- und sozialpolitischen Gründen für eine weitere Stärkung des Schienenpersonenverkehrs (SPNV) ein. Sie fordert den Bund daher auf, die erforderlichen Grundlagen hierfür nachhaltig sicher zu stellen.

Hierzu gehört eine dynamisierte Bereitstellung von Regionalisierungsmitteln, mit denen die Länder SPNV-Leistungen mindestens im vorhandenen Umfang bestellen können. Weiterhin sind - insbesondere als Konsequenz aus dem Debakel bei der Berliner S-Bahn - Planungen und Überlegungen zu einem Börsengang von Teilen der Deutschen Bahn AG ersatzlos aufzugeben.

Die Ausschreibungen von Leistungen des SPNV sind seit der Regionalisierung eine Erfolgsgeschichte. Das Angebot für die Fahrgäste konnte nachhaltig verbessert und durch Kostensenkungen deutlich ausgeweitet werden. Es ist daher nur konsequent, die positiven Elemente des Wettbewerbes einer marktwirtschaftlichen Ordnung auch im SPNV weiter wirken zu lassen. Gleichzeitig lehnt es die Berliner SPD aber ab, dass dieser Wettbewerb „auf dem Rücken der Eisenbahner“ ausgetragen wird. Der Bund wird daher aufgefordert, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (z.B. auf Basis der EU-Verordnung), dass die Beschäftigten bei wettbewerblichen Verfahren keine wirtschaftlichen Nachteile erleiden (keine Lohnkürzungen, Übernahme des Personals usw.).

Wiedervorlage Antrag Nr. 93/1/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
FA X / Natur, Energie, Umwelt

Ablehnung

Gerechtigkeit im Verkehr: Gleiche Strafen für ‚Schwarzparker‘ und ‚Schwarzfahrer‘

Die Berliner SPD spricht sich dafür aus, dass die deutliche finanzielle Ungleichbehandlung von ‚Schwarzparkern‘ und ‚Schwarzfahrern‘ umgehend aufgehoben wird. Im Rahmen einer nachhaltigen Verkehrspolitik ist es nicht länger hinnehmbar, dass das Bußgeld für ein ohne Parkschein abgestelltes Fahrzeug oder ein falsch geparktes Fahrzeug im Parkverbot oder auf Geh- und Radwegen in der Regel bei 5 bis 10 Euro liegt, ein ertappter ‚Schwarzfahrer‘ in Bussen und Bahnen ohne Fahrschein jedoch mindestens 40 Euro zahlen muss. Diese Benachteiligung der NutzerInnen des öffentlichen Personen-Nahverkehrs ist weder verkehrs- noch umweltpolitisch sinnvoll.

Die Bußgelder für die ordnungswidrige Nutzung von bewirtschafteten Parkplätzen, das vorsätzliche Parken auf Rad- und Gehwegen sowie in Halteverbotszonen ist daher umgehend auf den für ‚Schwarzfahrer‘ im ÖPNV gültigen Satz anzuheben. Die Abgeordneten und Senatsmitglieder der Berliner SPD werden deshalb aufgefordert, sich in einer Bundsratsinitiative für entsprechende Änderungen der Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV) einzusetzen.

Antrag Nr. 44/II/09

Annahme i.d.F.d.AK:

Abt. 12/FrhainKreuz und KDV FrhainKreuz

Berlin braucht seine S-Bahn

Die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, die SPD-Mitglieder des Berliner Senates sowie die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, von der Bundesregierung die Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegenüber der DB als Eigentümerin und Betreiberin der Berliner S-Bahn einzufordern. In diesem Sinne nehmen sie für den Erhalt und den Weiterbetrieb der Berliner S-Bahn als einem zu 100% öffentlichen integrierten Nahverkehrsbetrieb Stellung:

- Berlin braucht seine S-Bahn aus einer Hand. Die S-Bahn Berlin GmbH ist als integriertes Nahverkehrsmittel zu 100 Prozent in öffentlicher Hand zu erhalten.
- Für einen funktionierenden Betrieb braucht die Berliner S-Bahn die Wiedereingliederung bereits abgegebener Leistungen und die Rückführung aller ausgegliederten Bereiche. Insbesondere ist in den S-Bahn-eigenen Werkstätten Wartung und Reparatur in vollem Umfang sicherzustellen.
- Stopp aller Schließungspläne von Verkaufs- und Werkstatteinrichtungen!
- Stopp dem Personalabbau: Erhalt qualifizierten Fachpersonals und unbefristete Übernahme der Auszubildenden, Neu- und Wiedereinstellungen.
- Die Berliner S-Bahn ist – als Teil des Betriebs der staatlichen Bahn und zugleich Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs – durch Personal und finanzielle Bedingungen dauerhaft in die Lage zu versetzen, sicher und verlässlich die Mobilität und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.
- Der Bund muss die volle politische und finanzielle Verantwortung für die Bahn als Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen Berlins gewährleisten.

Antrag Nr. 45/II/09

Erledigt durch Annahme 44/II/09 i.d.F.d.AK

AfA-Landesvorstand

Berlin braucht seine S-Bahn

Die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, die SPD-Mitglieder des Berliner Senates sowie die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, von der Bundesregierung die Wahrnehmung ihrer Verantwortung gegenüber der DB als Eigentümerin und Betreiberin der Berliner S-Bahn einzufordern. In diesem Sinne nehmen sie für den Erhalt und den Weiterbetrieb der Berliner S-Bahn als einem zu 100% öffentlichen integrierten Nahverkehrsbetrieb Stellung:

- Berlin braucht seine S-Bahn aus einer Hand. Die S-Bahn Berlin GmbH ist als integriertes Nahverkehrsmittel zu 100 Prozent in öffentlicher Hand zu erhalten.
- Für einen funktionierenden Betrieb braucht die Berliner S-Bahn die Wiedereingliederung bereits abgegebener Leistungen und die Rückführung aller ausgegliederten Bereiche. Insbesondere ist die Wiederherstellung der S-Bahn-eigenen Werkstätten geboten, um Wartung und Reparatur sicherzustellen.
- Stopp aller Schließungspläne von Verkaufs- und Werkstatteinrichtungen!
- Stopp dem Personalabbau: Erhalt qualifizierten Fachpersonals und unbefristete Übernahme der Auszubildenden, Neu- und Wiedereinstellungen.
- Die Berliner S-Bahn ist – als Teil des Betriebs der staatlichen Bahn und zugleich Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs – durch Personal und finanzielle Bedingungen dauerhaft in die Lage zu versetzen, sicher und verlässlich die Mobilität und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Antrag Nr. 46/II/09

Annahme

KDV Spandau

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Revision der EU Eurovignette-Richtlinie – Volle Kostenberechnung bis zum letzten Meter

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Berechnung des Höchstbeitrags für die LKW-Maut alle „externen Kosten“ einberechnet werden und die LKW-Maut auf alle genutzten Verbindungsrouten geltend gemacht wird.

Antrag Nr. 47/II/09

Abt. 02/MarzHell

Der Landesparteitag möge beschließen:

Annahme i.d.F.d. LPT:

Tangentialverbindung Ost (TVO)

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird aufgefordert im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrskonzepts bei der Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Verkehr unter Berücksichtigung der aktuellen Verkehrszählung die verkehrliche Wirkung der Tangentialverbindung Ost (TVO) von Straße an der Wuhlheide bis B1/B5 zur Anbindung der Gewerbegebiete von Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Köpenick (Innovationspark Wuhlheide) sowie zur Entlastung der Wohngebiete südlich der B 1 (Siedlungsgebiet) und der Treskowallee erneut zu überprüfen und das Projekt bei positivem Ergebnis prioritär in die Planung aufzunehmen.

Um eine tatsächliche Entlastung der betroffenen Wohngebiete sicher zu stellen, wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ebenfalls aufgefordert, die bisher überlasteten Durchgangsstraßen in Wohngebieten durch bauliche und rechtliche Maßnahmen real verkehrszuberuhigen. Ähnliches gilt für neue Durchgangsverkehre, die durch die TVO induziert werden. Bauliche und rechtliche Maßnahmen zur Vermeidung neuer Stauschwerpunkte, zur Lärminderung sowie zur Sicherung bestehender Konfliktpunkte mit Fußgänger/Radweg-kreuzungen sind insbesondere im Bereich der Verknüpfungspunkte in Köpenick und im Bereich B1/5, sowie im weiteren Verlauf der neu entstehenden Nord-Süd-Achse auf der Märkischen Allee (Übergänge zu S-Bahn-Stationen u. Einkaufszentren) zu ergreifen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird zudem aufgefordert parallel zur Straßenplanung die Planung einer Regionalbahn-Verbindung in Nord-Süd-Richtung zu beginnen.

Wissenschaft

Antrag Nr. 48/II/09

FA VII / Wirtschaft, Arbeit, Technologie

Überweisung an FA V / Stadt des Wissens – AG Wissenschaft
und FA IX / Gesundheit und Soziales

Universitätsmedizin als wesentliches Element der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft gehört zu den herausragenden wirtschaftlichen Pfeilern der Region. Krankenhäuser und im speziellen die Universitäts- und Hochleistungsmedizin spielt hierbei eine besondere Rolle. Hier entstehen die Arbeits- und Ausbildungsplätze der Zukunft. In Berlin bildet vor allem die Charité-Universitätsmedizin Berlin einen Nukleus der Gesundheitswirtschaft. Sie prägt die Marke Berlin.

Die Berliner SPD fordert den Senat und das Abgeordnetenhaus dazu auf:

- eine Finanzierung der Charité sicherzustellen, die den effizienten und effektiven Betrieb in Wissenschaft, Forschung und Hochleistungsversorgung gewährleistet. Das Land Berlin ist gefordert, Art und Umfang der Kooperation der landeseigenen Krankenhausbetriebe Charité und Vivantes vorzugeben. Von der Charité ist hierfür eine Strategieplanung vorzulegen, welche die nachhaltige Sicherung hochwertiger Qualität der wissenschaftlichen Leistung ins Zentrum stellt. Dabei sind Vertreter aller drei Klinikstandorte einzubeziehen.
 - ein klares Bekenntnis zum langfristigen Erhalt der drei universitären Standorte Campus Benjamin Franklin, dem Campus Rudolf Virchow und dem Campus Mitte als gleichwertige Klinikstandorte der Charité abzugeben. Eine Privatisierung ist auszuschließen.
 - fachlich gleichgewichtige hochwertige inhaltliche Schwerpunktsetzungen zwischen dem Campus Benjamin Franklin, dem Campus Rudolf Virchow und dem Campus Mitte zu erhalten bzw. vorzunehmen.
 - bei der Krankenhausplanung ist auch die Bedeutung der Standorte für die regionale Wirtschaft zu berücksichtigen.
 - die im Krankenhausplan ausgewiesenen Einrichtungen mit ausreichenden Investitionsmitteln auszustatten.
-

Statuten ändernde Anträge

Wiedervorlage Antrag Nr. 95/II/09
KDV Spandau

Ablehnung
Erforderliche Zweidrittel-Mehrheit waren 155 Delegierte
Mit JA stimmten 123 Delegierte

Statutenänderung § 22a* Absatz 6

Aus §22a* Absatz 6 der ergänzenden statuarischen Bestimmungen des Landesverbandes Berlin wird folgender Teil gestrichen: „aus ihrer Mitte“

(6) Die Kreisdelegiertenversammlung wird vom Kreisvorstand einberufen, von einem von der Kreisdelegiertenversammlung gewählten Präsidium oder vom Geschäftsführenden Kreisvorstand geleitet und wählt ~~aus ihrer Mitte~~ die für die Arbeit notwendigen Kommissionen.

Antrag Nr. 49/II/09
Landesvorstand

Ablehnung
Erforderliche Zweidrittel-Mehrheit waren 155 Delegierte
Mit JA stimmten 125 Delegierte

Die Geschäftsordnung des Landesverbandes Berlin wird in § 4 Stimmrecht wie folgt geändert:

§ 4 Stimmrecht

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, deren Rechte nicht auf Grund eines Parteiordnungsverfahrens gem. § 35 Abs. 2 Punkt 2 oder 3 des Organisationsstatuts eingeschränkt sind.

Bei Mitgliedern mit Beitragsrückständen gilt § 1 Abs. 5 der Finanzordnung.

Organisation

Wiedervorlage Antrag Nr. 94/I/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
Abt. 04/StegZehl

Überweisung an Landesvorstand

SPD ist mehr als Gremienarbeit – Sommerfest des Landesverbandes wieder beleben!

Der Landesparteitag erwartet vom SPD-Landesvorstand die Vorlage eines Konzeptes für wieder regelmäßig stattfindende Sommerfeste als Möglichkeit der geselligen Begegnung aller Mitglieder des Landesverbandes.

Wiedervorlage Antrag Nr. 98/I/09
wg. Berichtspflicht der Statutenkommission
AG Migration LVV

Annahme und Weiterleitung an PV

Ergänzung der Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften um eine Arbeitsgemeinschaft Migration und Integration

Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften um eine Arbeitsgemeinschaft Migration und Integration zu ergänzen.

Wiedervorlage Antrag Nr. 118/I/09
(vertagt vom LPT am 17.05.09)
KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Erledigt durch Regierungsprogramm

Privatisierungen: Auswirkungen untersuchen!

Die SPD wird in ihr **Wahlprogramm 2009** aufnehmen, dass die erfolgten Privatisierungen des Bundes auf ihre positiven wie negativen Auswirkungen für die Verbraucher, Beschäftigten, Volkswirtschaft, Steuereinnahmen etc. unter Einbeziehung kritischer Wissenschaftler untersucht und einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Vor der Vorlage und Erörterung dieser Untersuchung wird die SPD keiner weiteren Privatisierung von Unternehmen des Bundes zustimmen.

Antrag Nr. 50/II/09
Abt. 10/TrepKöp

Überweisung an Statutenkommission

Administration der sogenannten „Barzahlerinnen und Barzahler“ durch den Landesverband

Die komplette Verwaltung der sog. „Barzahlerinnen und Barzahler“ erfolgt ab dem 01. Januar des auf die Beschlussfassung folgenden Kalenderjahres nicht mehr durch die Abteilungen in den Kreisen sondern durch den Landesverband.

Antrag Nr. 51/II/09
Abt. 10/TrepKöp

Erledigt durch tätiges Handeln

Veröffentlichung von Parteiregularien

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die im Landesverband Berlin geltenden Parteiregularien fortlaufend in konsolidierter Fassung allen Parteimitgliedern (und ggf. der interessierten Öffentlichkeit bzw. Beitrittswilligen) über das Internet zugänglich zu machen.

Antrag Nr. 52/II/09

Abt. 10/TrepKöp

Überweisung an Landesvorstand

Veröffentlichung von ausgewählten Informationen der SPD Berlin in Fremdsprachen

Zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Ziels, das Kommunalwahlrecht auszuweiten („Für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit 6 Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.“), sollen ausgewählte Informationen über die Partei, ihre Ziele und Organisation sowie ihre Mandats- und Funktionsträgerinnen und -träger, bereits jetzt für die anvisierte Zielgruppe transparent und leicht zugänglich gemacht werden. In einem ersten Schritt sollen dazu ausgewählte Informationen des Landesverbands Berlin in Fremdsprachen im Internet präsentiert werden. Dabei soll auch aktiv auf die Möglichkeit eingegangen werden, dass sich bis zur Ausweitung des Kommunalwahlrechts Bürgerinnen und Bürger aus der Zielgruppe über die SPD partizipativ in den demokratischen Willensbildungsprozess (z. B. durch Anträge und Diskussionen innerhalb der Partei und ihren Gremien) einbringen können. Diesen Ansatz soll der Landesvorstand auch anderen Landesverbänden vortragen.

Antrag Nr. 53/II/09

ASF Berlin

Annahme i.d.F.d.AK:

Reißverschluss jetzt beschließen

Alle SPD-Kreise werden aufgefordert, durch den Beschluss einer freiwilligen Selbstverpflichtung bis Frühjahr 2010 dafür Sorge zu tragen, dass das Reißverschlussprinzip für die Aufstellung der Listen für die Bezirksverordnetenversammlungen und für das Abgeordnetenhaus zur Anwendung kommt.

Antrag Nr. 54/II/09

ASF Berlin

Annahme i.d.F.d.AK:

Geschlechtergerechtigkeit / Parteiwahlen

Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, rechtzeitig vor den nächsten Parteiwahlen im Frühjahr 2010 gründlich zu untersuchen,

- inwieweit die Geschlechtergerechtigkeit auf allen politischen Ebenen nach über 20 Jahren Quotenbeschluss in der Berliner SPD zum Durchbruch gelangt ist. Zu diesem Zweck - und als Grundlage für diese Untersuchung - fordern wir einen Gleichstellungsbericht der Berliner SPD. Dieser soll analog zu dem Gleichstellungsbericht der Bundes-SPD alle zwei Jahre – erstmals zum nächsten Parteiwahl-LPT vorgelegt werden.
- Unabhängig davon ist von einer neu zu bildenden gemeinsamen Arbeitsgruppe von AsF-LV und SPD-LV zu prüfen, wie die Geschlechtergerechtigkeit auf allen politischen Ebenen – einschließlich der Aufstellung von DirektkandidatInnen – statutarisch gesichert wird.
- Unabhängig davon ist von einer neu zu bildenden gemeinsamen Arbeitsgruppe von AsF-LV und SPD-LV zu prüfen, wie die Geschlechtergerechtigkeit auf allen politischen Ebenen – einschließlich der Aufstellung von DirektkandidatInnen – statutarisch gesichert wird.

Antrag Nr. 55/II/09

KDV Spandau

Erledigt durch Richtlinien zur Verleihung von Ehrenbriefen, Urkunden und Parteiabzeichen des PV

Ehrenmitgliedschaft für langjährige Parteimitglieder

Der Parteivorstand der SPD wird beauftragt, die Richtlinien zur Verleihung von Ehrenbriefen, Urkunden und Parteiabzeichen vom 16. Dezember 1996 dahingehend zu erweitern, dass Genossinnen und Genossen nach 70 Jahren Mitgliedschaft in unserer Partei eine besondere Ehrung zuteil werden kann und sie zu Ehrenmitgliedern ernannt werden können.

Antrag Nr. 56/II/09
KDV Spandau

Erledigt durch LPT-Beschluss 96/II/09 vom 17.05.09

Unvereinbarkeit mit der VVN/BdA aufheben

Die Mitgliedschaft in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) ist nicht mehr mit der Mitgliedschaft der SPD unvereinbar. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Feststellung der Unvereinbarkeit aufzuheben.

Verschiedenes

Antrag Nr. 57/II/09
Abt. o8/TempSchön

Rücküberweisung an Antragsteller zur Überarbeitung

Sozialen Zusammenhalt und Teilhabe fördern durch Stärkung der ehrenamtlichen Strukturen vor Ort

Wir fordern die BVV von Tempelhof-Schöneberg, den Landesverband der SPD in Berlin und die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses Berlin auf, in Tempelhof-Schöneberg sowie in allen Berliner Bezirken eine Infrastruktur einzurichten, mit der ehrenamtliche Arbeit kurzfristig, unbürokratisch und ohne arbeitsintensive Vorprüfung unterstützt wird.

Vor allem Initiativen, die ehrenamtlich in der Nachbarschaft arbeiten, sollen von dieser Infrastruktur profitieren.

Die Bezirke/Tempelhof-Schöneberg sollen/soll Zugang zu bezirklichen Räumen oder zu Räumlichkeiten anderer öffentlicher Träger ermöglichen. Mittelfristig sollen Bürgerhäuser in den Bezirken etabliert werden.

Antrag Nr. 58/II/09
KDV Spandau

Erledigt durch Regierungsprogramm

Änderungsantrag zum Entwurf des Regierungsprogramms: Ehegattensplitting. Ungerecht.

Füge ein auf Seite 27 nach Unterpunkt „Absenkung des Eingangsteuersatzes auf 10 Prozent“ neuen Unterpunkt:

„Geschlechtergerechtes Steuersystem. Wir werden das Steuersystem verändern und das Ehegattensplitting abschaffen. Es entspricht nicht der Lebensrealität junger Paare und Familien, einseitig das Modell von Haupt- und Zuverdienst zu bevorzugen. Das Ehegattensplitting stellt insbesondere für Frauen ein Hemmnis für die gleichberechtigte und unabhängige Erwerbstätigkeit dar. Wir wollen zudem auch steuerrechtlich da fördern, wo Kinder sind.“

Antrag Nr. 59/II/09
KDV Spandau

Erledigt durch Regierungsprogramm

Die SPD nimmt folgenden Text in Ihr Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2009 auf:

Das neue Jahrzehnt – braucht gute Arbeit für alle!

Jede Frau und jeder Mann hat das Recht auf Arbeit. Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben. Erwerbslosigkeit dagegen verletzt die Menschenwürde, grenzt aus und kann krank machen. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein.

Durch Befristungen, Unternehmensausgliederungen, Leiharbeit und die massive Zunahme niedrig entlohnter Beschäftigung ist Arbeit für viele keine sichere Lebensgrundlage mehr.

Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Die SPD kämpft für Existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und würdevolle Arbeit. Um diese Ziele erreichen zu können, brauchen wir einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn, der als Einstieg nicht weniger als 7,50 Euro betragen darf.

Unser Ziel ist und bleibt: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für Frauen und für Männer!

Die Arbeitsmarktpolitik kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungssituation leisten, insbesondere in Krisenzeiten und auch danach, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder steigt.

Konkret wird die SPD dazu gleichen Lohn und gleiche soziale Sicherung bei Leiharbeit gesetzlich festlegen, ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen, damit sich die Wahlmöglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erweitern und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten wird, die Vermittlung, Beratung und Leistungsgewährung verbessern und das Prinzip „Zentrum für alle Leistungen am Arbeitsmarkt“ als Maßstab der Weiterentwicklung der Arbeitsverwaltung verfolgen, die Regelsätze nach dem SGB II bedarfsorientiert und deutlich erhöhen, die Zumutbarkeitsregeln im SGB II und SGB III ändern: es gilt tariflicher oder ortsüblicher Lohn, die öffentliche Beschäftigung ausweiten und nur mit Sozialversicherungspflicht und bei vollem Arbeitsvertragsrecht zulassen.

Beschlussfassung der Resolution des Landesvorstandes

Annahme i.d.F.d.AK:

(Änderungsantrag Nr. 1)

Antragsteller: Michael Müller, Christian Hanke, Iris Spranger, Barbara Loth, Marc Schulte und Mark Rackles

SPD Berlin zur Bundestagswahl 2009

Die SPD hat mit 22,9 Prozent eine dramatische Wahlniederlage erlitten, die in der bundesdeutschen Geschichte der Sozialdemokratie einmalig ist. Der Substanzverlust der Volkspartei SPD hat eine Qualität erreicht, die wahrnehmbare personelle und strategische Veränderungen in der Parteiführung und in ihrer Politik erforderlich macht.

Der drastische Verlust an Wählerstimmen ist auch Teil eines längerfristigen Prozesses des Verlustes an Wählervertrauen, der nach 1999 mit dem Blair-Schröder-Papier („neue Mitte“) und der Reformpolitik der „Agenda2010“ ab 2003 einsetzte. Der von vielen Menschen wahrgenommene Bruch mit dem programmatischen Kern der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der „kleinen Leute“ mündete in einen bis heute andauernden nachhaltigen Verlust von traditionellen Wählerschichten ohne dass dauerhaft relevante neue Wählerschichten erschlossen werden konnten. Eine „Politik der Mitte“ ohne festes Standbein im traditionellen Wählermilieu findet offensichtlich keine Akzeptanz. Nur mit einem klaren sozialen Profil wird die SPD als linke Volkspartei von links auch die solidarische Mitte ansprechen können und wieder strukturell mehrheitsfähig werden können.

Zum ersten Mal seit 1998 erreicht das konservativ-liberale Lager in Deutschland bei einer Bundestagswahl eine Mehrheit der Wählerstimmen. Im Vergleich zu 1998 konnte die SPD am 27. September 2009 mit etwa 10 Millionen Wählerinnen und Wählern nur noch rund die Hälfte der Stimmen an sich binden. Die Situation ist vertrackt: die Wählerinnen und Wähler sind zu ungefähr gleichen Teilen an CDU/CSU, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen abgewandert. Zu kleineren Teilen verlor sie an die FDP, vor allem aber zum größten Teil an das Lager der Nichtwähler. Dies zeigt dreierlei:

- Es ist der SPD nicht gelungen, sich innerhalb der Koalition glaubhaft zu profilieren. Im Gegenteil: die SPD verlor in den vier Jahren durch die Politik der „großen Koalition“ in wesentlichen Bereichen ihre Unterscheidbarkeit zur Union, obwohl es eine erkennbare sozialdemokratische Handschrift der Koalition gab.
- Taktisch hat sich die SPD zur Bundestagswahl 2009 in eine selbstgestellte Falle manövriert: Es wurde bislang nicht ernsthaft versucht, einen kritischen Dialog zwischen SPD, Linkspartei und Grünen über gemeinsame wie trennende Ziele und Perspektiven zu etablieren. Durch den Ausschluss von Koalitionsoptionen standen damit faktisch nur die beiden unpopulären Optionen einer Ampel und einer erneuten schwarz-roten Koalition im Raum.
- Letztlich ist es nicht gelungen, sich ein eigenständiges Profil zu erarbeiten. Dieses unscharfe Profil der SPD, ihr zögerliches Agieren und die mehr als wackelige strategische Ausrichtung in den Koalitionsaussagen führte unterm Strich zu einer Situation, mit der viele Wählerinnen und Wähler nicht (mehr) erreicht werden konnten – trotz eines klaren Wahlprogramms.

Bei der notwendigen Neuaufstellung der SPD für die kommenden Jahre ist ein glaubwürdiger Neuanfang nur möglich, wenn es auch zu personellen Veränderungen an der Parteispitze kommt. Das hat nicht nur mit dem medialen Aspekt einer wahrnehmbaren Reaktion auf die Wahlniederlage zu tun, sondern insbesondere mit der Notwendigkeit einer personell unterlegten Glaubwürdigkeit für Politikalternativen links von der CDU, einer selbstkritischen Analyse der SPD-Politik seit 1999 der Entwicklung einer überzeugenden Strategie für die Zukunft des Sozialstaates und die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit für breite Schichten in Deutschland.

Das katastrophale Ergebnis auf Bundesebene spiegelt sich im schlechten Berliner Ergebnis. Die Berliner SPD muss ihr unterdurchschnittliches Ergebnisse mit 20,2 % und lediglich 2 von 12 Direktmandaten ernst nehmen. Wir werden das Berliner Wahlergebnis gründlich analysieren und dann als die linke Volkspartei in Berlin die entsprechenden strategischen Entscheidungen treffen. Die schmale Wählerbasis, auch bei den Personenwahlen in den Wahlkreisen, belegt die Notwendigkeit, als Berliner SPD mit dem Regierenden Bürgermeister stärker als „Berlin-Partei“ wahrgenommen zu werden. Die Wählerbasis muss durch erhöhte Präsenz und Lösungskompetenz vor Ort in Berlin deutlich angehoben werden. Die SPD muss wieder stärkste Partei in der Hauptstadt werden, wenn sie bei der anstehenden Neuaufstellung der Bundes-SPD und der Gestaltung Berlins eine Rolle spielen will. Auch und gerade in Berlin muss die SPD deshalb unverwechselbar linke Volkspartei sein und ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Das Programm dafür haben wir und die notwendigen Schwerpunkte wurden ebenfalls formuliert – nun ist es an uns und an den handelnden Personen, sie wahrnehmbar umzusetzen.

Allerdings manifestiert sich mit knapp 60 Prozent eine klare linke Mehrheit in Berlin mit gegenseitigen Ansätzen zur Zusammenarbeit. Gleichzeitig muss klar sein: Linkspartei und Grüne sind politische Konkurrenz, die im gleichen Lager Wählerinnen und Wähler ansprechen. Eine Profilierung auch gegenüber Linkspartei und Grünen ist und bleibt in Hinblick auf 2011 zwingend notwendig.

Erste Anforderungen:

a. Inhaltliche Profilierung

Mit ihrem Hamburger Programm ist die SPD gut aufgestellt. Auch das Wahlprogramm für die Bundestagswahl hat die richtigen programmatischen Anforderungen formuliert. Die SPD bleibt ihrem Anspruch nach, die soziale Reformkraft in Deutschland. Der SPD ist es jedoch nicht gelungen, aus den richtigen programmatischen Grundlagen ein für die Wählerinnen und Wähler erkennbares, attraktives politisches Profil abzuleiten. In den kommenden Monaten wird die SPD definieren müssen, wo sie über die bisherigen Korrekturen hinaus Handlungsbedarf an zentralen Projekten der bisherigen Regierungspolitik im Bund (wie etwa Hartz IV, Rente mit 67, Afghanistan) sieht. Selbstbewusst gilt es aber auch zu betonen, wo die SPD-Regierungsbilanz seit 1998 Erfolge vorzuweisen hat, wie etwa bei der rot-grünen Wende in der Energiepolitik.

b. Strategische Ausrichtung

In der Vergangenheit hat die SPD die Linkspartei zunächst ignoriert, dann tabuisiert. Beides war wenig erfolgreich. Es war und ist richtig, der Linkspartei für die Bundestagswahl 2009 die Regierungsfähigkeit abzusprechen. In den kommenden Jahren kommt es aber darauf an, Bedingungen zu stellen und der Linkspartei außenpolitische Verlässlichkeit und ökonomische Rationalität abzufordern. Nur so kann die Linkspartei zur Regierungsfähigkeit gezwungen und so verhindert werden, dass sie als reine Protestpartei unzufriedene Wählerstimmen einsammelt.

Die politische Auseinandersetzung muss sich darauf konzentrieren, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland wieder eine Mehrheit erhält und die sie tragenden Parteien untereinander koalitionsfähig werden. Dies ist nur dann möglich, wenn die SPD als linke Volkspartei mit ihren Konzepten Wählerinnen und Wähler in breiten Schichten der Bevölkerung erreicht und die Nichtwähler dieser Wahl wieder aktiviert. Und künftig auf kontraproduktive Tabuisierungen einzelner Koalitionsoptionen verzichtet.

Durch die Erneuerung der SPD in ihrer Rolle der Opposition wird die politische Aufmerksamkeit sich stärker als bisher auch auf die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und SPD-Minister erstrecken. Diesen kommt daher eine besondere Verantwortung zu. Deshalb hat die Bildung von Landesregierungen unter Einschluss der Linkspartei unter den neuen Vorgaben einer schwarz-gelben Bundesregierung eine hohe taktische (Bundesrat) und strategische (Machtoptionen für die Zukunft) Bedeutung.

Berlin zeigt mit seiner Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei, wie sich rot-rote Zusammenarbeit in gute Politik für das Land umsetzen lässt. Berlin kann als Beispiel für neue Perspektiven stehen. Unter der Führung der SPD müssen neue Koalitionsoptionen aufgezeigt werden.

c. Wegmarken: Bundesparteitag 2009 und Perspektivparteitag 2010

Neben dem Bundesparteitag im November, der einen neuen Vorstand wählt und erste Schlüsse für die Neuformierung der SPD in der Opposition im Bund zieht, ist eine längere Perspektivdiskussion notwendig. Wir schlagen daher vor, im Herbst 2010 zu einem außerordentlichen Bundesparteitag zusammen zu kommen, der inhaltliche, strategische und organisationspolitische Perspektiven erarbeitet. Ihm vorangestellt ist eine Diskussion in den Gliederungen der SPD, deren Beiträge für den Parteitag 2010 aufbereitet werden.

Der SPD-Landesvorstand legt zeitnah ein umfassendes Konzept zur Strukturierung der Berliner Debatte über die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen, strategischen und organisationspolitischen Fragen vor. Hierfür wird es einen konkreten Zeitplan sowie Vorschläge zu geeigneten Diskussionsforen geben. Ziel ist ein umfassender Austausch zwischen den Amts- und FunktionsträgerInnen, Basismitgliedern und Interessierten über die Zukunft der SPD. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Entscheidungen der vergangenen elf Jahre und ihrer Durchsetzung – insbesondere in der SPD – bildet die Basis dieses Prozesses.

Ein entsprechender Diskussionsprozess muss auch auf der Bundesebene der SPD stattfinden. Die Berliner SPD und ihre VertreterInnen werden sich dafür einsetzen, dass dieser Prozess angestoßen wird und die Ergebnisse der Berliner Diskussion auch auf der Bundesebene abgebildet und berücksichtigt werden.

d. Innerparteiliche Demokratie

Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass es für eine Mitglieder- und Programmpartei unverzichtbar ist, dass Entscheidungen zu inhaltlichen und personellen Grundentscheidungen nicht in kleinen Zirkeln fallen und in Bastal-Manier durchgesetzt werden dürfen, sondern unter Beteiligung der Partei und ihrer Gliederungen zustande kommen müssen. Nicht zuletzt kann nur so gewährleistet werden, dass die Ressource einer Mitgliederpartei mit 500.000 potentiellen Multiplikatoren gesellschaftlich zur Entfaltung kommt.

Der Anspruch der SPD muss es weiter sein, als Volkspartei auch Mitgliederpartei zu bleiben, dazu gehört es der Entfremdung zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft aktiv entgegenzuwirken. Die SPD muss die kommende Zeit der Opposition nutzen, um zu alter Stärke und neuer Kraft zu kommen.

Änderungsantrag Nr. 2
zur Resolution des Landesvorstandes
Antragsteller: Jusos

1. Einfügung: Überweisung an Landesvorstand
2. Einfügung: Aufnahme in Änderungsantrag Nr. 1

Einfügung auf Seite 2, Zeile 53, neuer Absatz Buchstabe d) / ehemals d) wird e)

d. Politik ist Organisation - Organisation ist politisch

Zu einer erstgemeinten strukturellen Neuausrichtung der Partei gehört auch eine Erneuerung der Parteiorganisation. Nur so kann dem Anspruch einer Mitglieder-Partei, welche sich auch als Mit-Mach-Partei versteht, nachgekommen werden. Im Zentrum der Willensbildung muss wieder das Basismitglied stehen. Das Fällen von weitreichenden Entscheidungen personeller und programmatischer Art hat immer wieder dazu geführt, dass sich große Teile der Basis nicht mitgenommen oder missachtet fühlten. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, dass Mitglieder der Partei den Rücken zugekehrt haben und Wählerinnen und Wähler verschreckt wurden. Wir fordern die innerparteiliche Debatte vor der Entscheidung.

Um einem basisdemokratischen Partizipationsanspruch in Zukunft gerecht werden zu fordern wir folgende Restrukturierungsvorschläge zu diskutieren:

- **Urwahl des Parteivorsitzenden**
Wir fordern die Urwahl des Parteivorsitzenden. Die Diskussion und Entwicklungen in den ersten Tagen nach der Wahl haben gezeigt, dass die Diskussion und die Vorentscheidung über den neuen Parteivorsitzenden von der Führungsspitze der Partei im Alleingang gemacht werden. Wir fordern eine offenere Diskussion in den Gremien sowie eine anschließende Urwahl des Parteivorsitzenden, die als Grundlage für die Bundesparteitagsdelegierten dienen soll.
- **Ausbau der Strukturen im Internet**
Als moderne Volkspartei muss sich die SPD den neuen Erfordernissen anpassen, daher fordern wir die umfassende Weiterentwicklung der Partizipationsmöglichkeiten im Internet.
- **Ausbau der Mitgliederbegehren**
Derzeit müssen laut §13 des Organisationsstatuts der SPD innerhalb von 3 Monaten 10% der Mitglieder der SPD ein solches Mitgliederbegehren unterstützen, damit ein Mitgliederentscheid abgehalten werden muss. Dieses Quorum ist in Anbetracht der Zahl der aktiven Mitglieder zu senken. Ebenso muss die Unterstützung eines solchen Mitgliederbegehrens auch online möglich sein. Das postalische Einschicken von Unterschriften ist nicht mehr zeitgemäß.
- **Ausbau der Mitgliedschaft bei den Jusos**
Wir fordern, dass die Mitgliedschaft bei den Jusos nicht automatisch nach 2 Jahren endet, außer man tritt auch der SPD bei. Dies ist nicht zeitgemäß. Viele junge Menschen wollen sich nicht einer Partei anschließen. Sie nach 2 Jahren Mitgliedschaft bei den Jusos in die Partei zu zwingen fördert nicht die Verbundenheit mit dieser. Ein Eintritt in die SPD muss freiwillig bleiben und eine Mitarbeit und Mitgliedschaft bei den Jusos bedingungslos.

Einfügung Seite 2, als zweiter Absatz im ehemaligen Punkt d) Wegmarken: Bundesparteitag

Der SPD-Landesvorstand legt zeitnah ein umfassendes Konzept zur Strukturierung der Berliner Debatte über die Auseinandersetzung mit den inhaltlichen, strategischen und organisationspolitischen Fragen vor. Hierfür wird es einen konkreten Zeitplan sowie Vorschläge zu geeigneten Diskussionsforen geben. Ziel ist ein umfassender Austausch zwischen den Amts- und Funktionsträgerinnen, Basismitgliedern und Interessierten über die Zukunft der SPD. Eine Auseinandersetzung mit den politischen Entscheidungen der vergangenen elf Jahre und ihrer Durchsetzung – insbesondere in der SPD – bildet die Basis dieses Prozesses.

Ein entsprechender Diskussionsprozess muss auch auf der Bundesebene der SPD stattfinden. Die Berliner SPD und ihre Vertreterinnen werden sich dafür einsetzen, dass dieser Prozess angestoßen wird und die Ergebnisse der Berliner Diskussion auch auf der Bundesebene abgebildet und berücksichtigt werden.

Die AfA stellt fest, dass die bittere und tiefgreifende Vertrauenskrise unserer Partei bei den Menschen zwei zentrale Dimensionen hat:

1. Die strukturelle Vernachlässigung des Fundaments sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit im letzten Jahrzehnt, nämlich die Interessen der Erwerbstätigen, ihrer Familien, die Generationensolidarität und das Verhältnis zu den Gewerkschaften, ist ein historischer Fehler. Die so genannte „neue Mitte“ konnte die SPD nicht erreichen und bewegte sich deshalb auf „tönernen Mehrheitsfüßen“, die am 27.09.2009 endgültig und dramatisch wegbrachen.
2. Die wesentlichen politischen Entscheidungen bei Rente, Gesundheit und insbesondere der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV), haben bei vielen Menschen zu negativen Folgen geführt. Die Philosophie des „Basta und so machen wir das“, ist und bleibt falsch und hat für die SPD verheerende Auswirkungen. Gefordert ist deshalb eine neue Kultur der Willensbildung in der SPD von unten nach oben.

Die AfA fordert nach dem schlechten Wahlergebnis unserer Partei in Berlin den Landesvorstand, die Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion und die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren mit dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze auf, eine an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern orientierten Politik umzusetzen.

Dazu gehört die Verbesserung der personellen Situation in den Kitas und Schulen, ein fairer Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst im Konsens mit den Gewerkschaften, die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft, die Umsetzung der Beschlüsse unserer Landesparteitage und die Abkehr von der Privatisierungspolitik (Kommunale Jugendarbeit, Schulhorte).

Die Realisierung von umstrittenen repräsentativen Bauprojekten, wie der Kunsthalle und der Landesbibliothek, muss neu überdacht werden. Die dafür vorgesehenen Mittel können besser in die Ausstattung der Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen sowie der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge investiert werden.

Initiativantrag Nr. 1

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: Pankow Abt. 12 und andere

Stärkung der innerparteilichen Demokratie in der Berliner SPD

Zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie leitet die Berliner SPD einen offenen Diskussionsprozess ein mit dem Ziel, die Beteiligungsrechte ihrer Mitgliedschaft zu sichern und zu stärken. Als ersten Schritt hierzu führt der Landesvorstand eine über die Abteilungen organisierte schriftliche Mitgliederbefragung durch, bei der die Mitglieder Vorschläge für die zukünftige inhaltliche Arbeit sowie für die Herstellung größerer Transparenz unterbreiten können. Die Ergebnisse der Befragung werden den Mitgliedern in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Auf Basis der gewonnenen Daten erarbeitet der Landesvorstand einen Vorschlag zur konkreten Umsetzung.

Initiativantrag Nr. 2

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: Mark Rackles, Barbara Loth, Mechthild Rawert u.a.

Kita-Volksbegehren

Die SPD Berlin fordert den Senat und die SPD-Fraktion auf, mit den Initiatoren des Begehrens und dem Kita-Bündnis ein Gesprächsangebot mit dem Ziel der Realisierung der Anliegen des Kita-Begehrens zu machen. Relevante Forderungen der Initiatoren entsprechen aktuellen Gesetzgebungsaktivitäten der Koalitionsfraktionen zur Qualitätsverbesserung, die sich auf Mehrkosten von gut 50 Mio. € pro Jahr ab 2010 belaufen werden.

Da die Forderungen des Volksbegehrens dem bildungspolitischen Leitbild der SPD Berlin entsprechen, soll im Rahmen des von der SPD vorgelegten Stufenplans bis 2012/13 gewährleistet werden, dass alle relevanten Forderungen erfüllt und haushaltmässig (Doppelhaushalt 2012/2013) unterlegt werden.

Initiativantrag Nr. 3

Annahme

Antragsteller: Mitte u.a.

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, einen Arbeitskreis der Bundespartei einzusetzen, der die Aufgabe hat, Vorschläge für eine bessere und intensivere Mitgliederbeteiligung bei parteiinternen Wahlen und Abstimmungen, sowie Vorschläge für einen Standpunkt der Partei im Rahmen der anstehenden Reform des Bundeswahlrechts zu erarbeiten.

Initiativantrag Nr. 4

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: FA XI Mobilität u.a.

Die SPD-Senatorinnen und Senatoren sowie die SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die durch den umfangreichen Ausfall der S-Bahn-Leistungen frei werdenden Geldmittel („sog. Regionalisierungsmittel“) ausschließlich für die Verbesserung der Attraktivität des Berliner ÖPNV und nicht zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden:

Die frei werdenden Besteller-Mittel sind u.a. einzusetzen für

- Bestellungen zusätzlicher Leistungen bei der BVG (Taktverdichtungen, Linienenerweiterungen),
- Bestellungen zusätzlicher Leistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) unter Nutzung der innerstädtischen Schieneninfrastruktur (z.B. direkte Einbindung weiterer Regionalzüge in die Stadt, Nutzung der Strecke Lichtenberg-Gesundbrunnen-Jungfernheide-Spandau als zweite Ost-West - Achse im Regionalverkehr usw.),
- kleinere investive Maßnahmen, die sich schnell realisieren lassen wie z.B. die bessere Wegweisung in Bahnhöfen und im Straßenraum, die Aufstellung zusätzlicher Fahrradbügel an U-Bahnhöfen, der behindertengerechte Umbau von Bahnhöfen und die Ausstattung aller S-Bahnhöfe mit dynamischen Fahrgastinformationssystemen.

Weiterhin ist die Gewährleistung stabiler ÖPNV-Fahrpreise (im Berliner AB Bereich) bis einschließlich 2011 zu gewährleisten. Zeitkarteninhaber (auch die Inhaber von Semestertickets und Zeitkarten für die Radmitnahme) sind der Dauer der Fahrpläneinschränkungen angemessen zu entschädigen.

Initiativantrag Nr. 5

Erledigt durch Annahme I-Antrag Nr. 4

Antragsteller: Abt. 05/Lichtenberg u.a.

S-Bahn

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat von Berlin sowie in den Aufsichtsgremien der betroffenen Unternehmen werden gebeten, sich für folgendes einzusetzen:

1. Entschädigungsleistungen für alle Stammkunden des VBB, welche Fahrausweise für mindestens einen Teilraum der Tarifgebiete Berlin A-C im Zeitraum Juli-September 2009 besitzen, und zwar unabhängig von der Rabattierung des jeweiligen Fahrausweises durch folgende Maßnahmen:
 - a) freie Fahrt im entsprechenden Teilraum des Tarifgebiets A-C für jeweils 1 Woche pro im Notfahrplan gefahrenen Monat der S-Bahn Berlin GmbH auf Kosten dieses Unternehmens bzw. dessen Muttergesellschaft DBAG, welche sich im öffentlichen Besitz befindet und durch sozialdemokratische Aufsichtsratsmitglieder kontrolliert wird
 - b) keine „Marketing-Gags“ wie freie Fahrten an Adventswochenenden etc.
 - c) Verrechnung der Freifahrtscheine mit langfristig wirksamen Fahrausweisen (mehr als 32 Tage) bei entsprechendem Kundenantrag.

Vorlage dieses Antrags an den LV Brandenburg mit der Bitte um eine gemeinsame Willensbildung.

Initiativantrag Nr. 6

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: Marcus Albrecht, Diane Hall-Freiwald, Ingrid Koch u. a.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass entgeltlose Probearbeiten im Niedriglohnbereich ab sofort verboten werden.

Initiativantrag Nr. 7

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: Landesvorstand der AfA u.a.

Tarifsituation im Öffentlichen Dienst in Berlin

Der Landesparteitag fordert die Vertreter der SPD im Senat und die Abgeordneten der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus auf, alles dafür zu tun, dass der Berliner Senat (nach sechs Jahren „Anwendungstarifvertrag“) den Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU in der begonnenen Tarifrunde ein Angebot macht, das ihre Verantwortung und gesellschaftliche Rolle als Vertretung der Arbeitnehmer respektiert und den berechtigten Interessen gerecht wird.

Der Landesparteitag der SPD stellt sich an die Seite der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst Berlins und ihrer Gewerkschaften und fordert, dass in den aktuellen Tarifverhandlungen folgendes Ziel für die Beschäftigten des Landes Berlin erreicht wird.

Die Rückkehr des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) darf nicht weiter aufgeschoben werden.

Initiativantrag Nr. 8

Annahme i.d.F.d.AK:

Antragsteller: Aziz Boskut, Silke Fischer, Gerlinde Schermer u.a.

Geheimverträge offenlegen

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, das den Forderungen des Volksbegehrens „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ entspricht.

Darüber hinaus soll die Partei eine öffentliche Debatte darüber führen, dass auch dann, wenn es zulässig ist, Regelungen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge zwischen Staat und Dritten privatrechtlich auszugestalten, dies nicht dazu führt, dass diese Rechtsgeschäfte den Bedingungen des öffentlichen Rechts entzogen werden. Die öffentliche Kontrolle muss auch in diesen Fällen gewährleistet bleiben.

Initiativantrag Nr. 9

Überweisung an AH-Fraktion

Antragsteller: Ellen Haußdörfer, André Rostalski, Tom Schreiber u.a.

Bezirke brauchen 6 Stadträte

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und im Senat werden aufgefordert, § 74 I Satz 1 Verfassung von Berlin dahin gehend zu ändern, dass die Anzahl der Bezirksamtsmitglieder wie folgt festgelegt wird:

„Artikel 74 (1) Das Bezirksamt besteht aus dem Bezirksbürgermeister und den fünf Bezirksstadträten, von denen einer zugleich zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister gewählt wird.“

Das Bezirksverwaltungsgesetz ist entsprechend anzupassen.